

Telefon: 233 - 92 430  
Telefax: 233 - 27 290

**Oberbürgermeister**  
Fachstelle für Demokratie  
FgR

## **Demokratie stärken**

### **Nichtwähler an die Wahlurnen bringen (I) "Stadtrat vor Ort"**

Antrag Nr. 14-20 / A 04051 von Fraktion DIE GRÜNEN/RL vom 07.05.2018

### **Nichtwähler an die Wahlurnen bringen (II) Mobile Bürgersprechstunde der Bezirksausschüsse**

Antrag Nr. 14-20 / A 04052 von Fraktion DIE GRÜNEN/RL vom 07.05.2018

### **Nichtwähler an die Wahlurnen bringen (III) Aufklärungskampagne "So funktioniert Demokratie in München"**

Antrag Nr. 14-20 / A 04053 von Fraktion DIE GRÜNEN/RL vom 07.05.2018

### **Nichtwähler an die Wahlurnen bringen (IV) "Meine Stimme zählt" spezielle Veranstaltungen für Erstwähler**

Antrag Nr. 14-20 / A 04054 von Fraktion DIE GRÜNEN/RL vom 07.05.2018

### **Nichtwähler an die Wahlurnen bringen (V) Informationskampagne bei der MVG und den städtischen Wohnungsbaugesellschaften**

Antrag Nr. 14-20 / A 04055 von Fraktion DIE GRÜNEN/RL vom 07.05.2018

### **Demokratische Werte bei der Schüler- und Jugendbildung intensiver vermitteln**

Antrag Nr. 14-20 / A 03451 von Fraktion DIE GRÜNEN/RL vom 09.10.2017

### **Warum Kommunalpolitik sexy ist**

Antrag Nr. 14-20 / A 04056 von Herrn StR Alexander Reissl, Frau StRin Verena Dietl, Herrn StR Christian Müller, Herrn StR Christian Vorländer, Herrn StR Gerhard Mayer, Frau StRin Heide Riecke, Herrn StR Haimo Liebich, Frau StRin Dr. Constanze Söllner-Schaar vom 07.05.2018

## **Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 12455**

7 Anlagen

**Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 17.10.2018 (VB)**  
Öffentliche Sitzung

<b>Inhaltsverzeichnis:</b>	<b>Seite</b>
<b>I. Vortrag des Referenten</b>	<b>4</b>
<b>1. Problembeschreibung</b>	<b>4</b>
1.1 Zahl der Nichtwählerinnen und Nichtwähler bei der Kommunalwahl in München steigt stetig	4
1.2 Gründe für Nichtwahl bzw. Verdruss bei Wähler_innen	4
1.3 Nichtwahl und sozialräumliche Verteilung	5
1.4 Demokratische Werte in Gefahr	7
<b>2. Bestandteile und Ziele der Beschlussvorlage „Demokratie stärken“</b>	<b>11</b>
<b>3. Maßnahmen im Rahmen der Beschlussvorlage „Demokratie stärken“</b>	<b>12</b>
3.1 Informationskampagne „Wählen gehen – so funktioniert Kommunalpolitik in München“	12
3.2 Ausbau von Angeboten der Demokratiebildung	13
3.2.1 Demokratietrainer_innen „Pastinaken“ - Ausbau der Förderung	13
3.2.2 „Demokratie im Einsatz“ – das Demokratiemobil in München – Ausbau der Förderung	17
3.2.3 Gleichstellungsstelle für Frauen	18
3.2.4 Referat für Bildung und Sport	20
3.2.5 Sozialreferat	24
3.2.6 NS-Dokumentationszentrum	30
3.2.7 Demokratieoffensive an der Münchner Volkshochschule	32
3.2.8 Planungsreferat / Wohnungsbaugesellschaften	33
3.2.9 Fachstelle für Demokratie: referatsübergreifender Arbeitskreis „Demokratieförderung“ mit Beteiligung der Zivilgesellschaft	33
3.3 Intensivierung des Bürgerdialogs auf Ebene des Stadtrats und der Bezirksausschüsse	34
3.3.1 Mobile Bürgersprechstunde Bezirksausschüsse	34
3.3.2 Stadträte vor Ort	37
3.4 Demokratieforschung und -förderung vor Ort	36

<b>4. Ausblick: Arbeitsbedingungen und Strukturen der Kommunalpolitik verbessern - Anregungen</b>	<b>37</b>
4.1 Bedingungen für Stadträte	37
4.2 Arbeitsbedingungen der Bezirksausschüsse	37
<b>5. Darstellung der Finanzierung und der Kosten</b>	<b>38</b>
<b>II. Antrag des Referenten</b>	<b>39</b>
<b>III. Beschluss</b>	<b>39</b>

### **Verzeichnis Abbildungen:**

Abbild. 1 Schere bei der Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen in München (1990 - 2014)	5
Abbild. 2 Wahlbeteiligung im Stadtgebiet auf Stadtbezirksebene, Bundestagswahl 2017	6
Abbild. 3 Wahlbeteiligung Stadtbezirk 11, Kommunalwahl 2014	6
Abbild. 4 Wahlbeteiligung Stadtbezirk 24, Kommunalwahl 2014	7
Abbild. 5 Die Dimension "Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur" im Zeitverlauf 2002 - 2016 (in %)	8
Abbild. 6 "Demokratiemisstrauen" in der bundesdeutschen Bevölkerung	9
Abbild. 7 Gründe für Nichtwahl in München 2017	9
Abbild. 8 Einschätzung verschiedener Aspekte der Münchner Kommunalpolitik	10
Abbild. 9 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München	11

## I. Vortrag des Referenten

### 1. Problembeschreibung:

#### 1.1 Zahl der Nichtwählerinnen und Nichtwähler bei der Kommunalwahl in München steigt stetig

Bei den Münchner Kommunalwahlen ist seit Jahrzehnten ein Abwärtstrend bei der Wahlbeteiligung zu verzeichnen. So sank diese von gut 65 % in 1990 auf nur 42 % in 2014. Alleine von 2008 auf 2014 ging die Wahlbeteiligung um rund 5 % zurück.

In München haben sich also über die vergangenen Jahrzehnte immer mehr Menschen aus dem politischen Prozess zurückgezogen. Mit fatalen Folgen, denn sie verzichten damit auf die Repräsentation ihrer Interessen im Stadtrat und zugleich schwächt die abnehmende Wahlbeteiligung die Legitimation demokratischer Entscheidungen.

#### 1.2 Gründe für Nichtwahl bzw. Verdruss bei Wähler\_innen

Die von der Ludwig-Maximilians-Universität durchgeführten Studien zur Nichtwahl in München (Martilla /Rhein, 2017<sup>1</sup>; Fröhlich, 2018<sup>2</sup>) haben gezeigt: Neben der Lösung drängender Probleme (wie bereits bei der Bürgerbefragung Planungsreferat 2016: Bevölkerungsbefragung zur Stadtentwicklung 2016. Soziale Entwicklungen und Lebenssituation der Münchner Bürgerinnen und Bürger) besteht insbesondere Bedarf an

**a) Informationen über Institutionen, Abläufe und Zuständigkeiten der Münchner Stadtpolitik. Neben der reinen Aufklärung ist insbesondere politische Bildung relevant.**

**b) niederschwelligere und aktivere Kommunikation von Seiten der Kommunalpolitik. Einzelne politische Akteure der Kommunalpolitik haben bereits Konsequenzen aus dieser Erkenntnis gezogen, allerdings bedarf es auch einer Antwort des Gremiums Stadtrat an sich auf diesen durch die Bürger artikulierten Bedarf**

Dass – aus Sicht der Befragten – mangelnder Dialog von Seiten des Stadtrates und mangelnde Aufklärung über Kompetenzen, Zuständigkeiten und Befugnisse von Bezirks-, Stadt-, Landes- und Bundespolitik einerseits, sowie Verwaltung andererseits auch zu erheblichem Verdruss bei Wählerinnen und Wählern führt, zeigt auch eine weitere Befragung: So wurden in den Monaten Juni und Juli 2018 die Teilnehmer\_innen der Bürgerversammlungen Schwabing-Freimann, Schwanthalerhöhe und Obergiesing-Fasangarten im Auftrag der Fachstelle für Demokratie befragt. Von 633 anwesenden Personen gaben 173 Menschen Auskunft (Durchschnittsalter: 56 ½ Jahre, 49 % weiblich, 51 % männlich, 92 % der Befragten hatten an der vergangenen Bundestagswahl teilgenommen).

---

1 Martilla, Tomas /Rhein, Philipp (2017): Warum Menschen nicht wählen gehen. Eine empirische Studie zu den politischen Lebenswelten in München, München, [https://www.ls2.sozioologie.uni-muenchen.de/forschung/abgeschlossene\\_projekte1/polemue1/index.html](https://www.ls2.sozioologie.uni-muenchen.de/forschung/abgeschlossene_projekte1/polemue1/index.html)

2 Fröhlich, Werner (2018): Nachwahlbefragung von Münchner Bürger\_innen zur Bundestagswahl 2017, München, [https://www.ls4.sozioologie.uni-muenchen.de/aktuelle\\_forschung/nachwahlbefragung/index.html](https://www.ls4.sozioologie.uni-muenchen.de/aktuelle_forschung/nachwahlbefragung/index.html)

Die Auswertung belegt ähnlich wie bei der (Nicht-)wählerstudie, dass sich die Bürger\_innen neben der Problemlösung vor allem mehr Präsenz des Stadtrates für einen niederschweligen Dialog vor Ort wünschen und mehr Aufklärung über die Funktionsweise demokratische Prozesse und Institutionen in München.

### 1.3 Nichtwahl und sozialräumliche Verteilung

Zudem ist festzuhalten, dass die Wahlbeteiligung nicht im ganzen Stadtgebiet gleichermaßen abgenommen hat, sondern die Schere zwischen den Stadtteilen, in denen noch verhältnismäßig viele Menschen zur Wahl gehen und den Stadtteilen, in denen bereits seit geraumer Zeit weniger Menschen an Kommunalwahlen teilnehmen, weiter aufgegangen ist.

**Abbildung 1: Schere bei der Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen in München (1990 - 2014)**

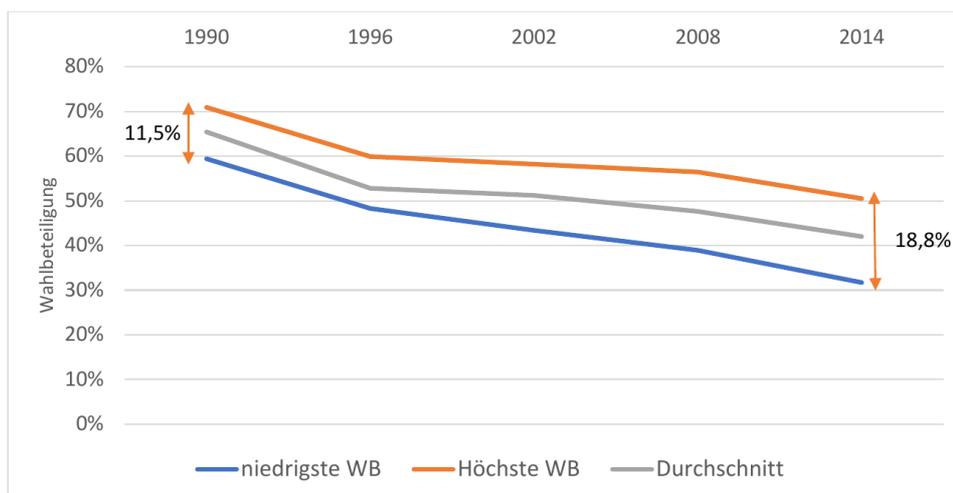
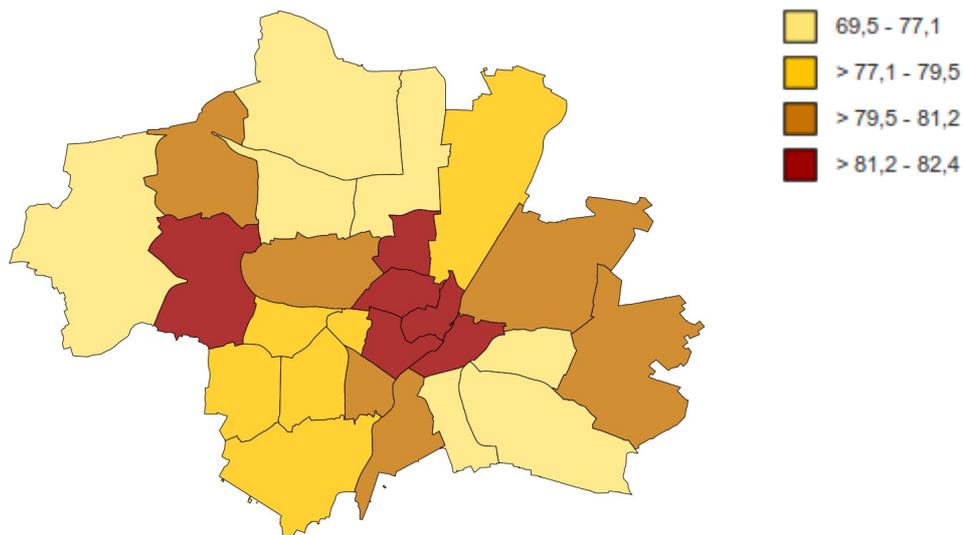


Diagramm 1: Wahlbeteiligung in Kommunalwahlen (München)

Quelle: Martilla / Rhein 2017

Betrachtet man die Situation auf der Ebene der Stadtteile ist zudem festzustellen, dass es ein Auseinanderfallen zwischen Innenstadtbezirken - also dem „Zentrum“ - und Randbezirken - also der „Peripherie“ - gibt: Die politische Integrationsfähigkeit der unterschiedlichen politischen Ebenen ist an den Rändern zunehmend weniger vorhanden.

**Abbildung 2: Wahlbeteiligung im Stadtgebiet auf Stadtbezirksebene, Bundestagswahl 2017**



Quelle: Statistisches Amt, Landeshauptstadt München, Wahlatlas

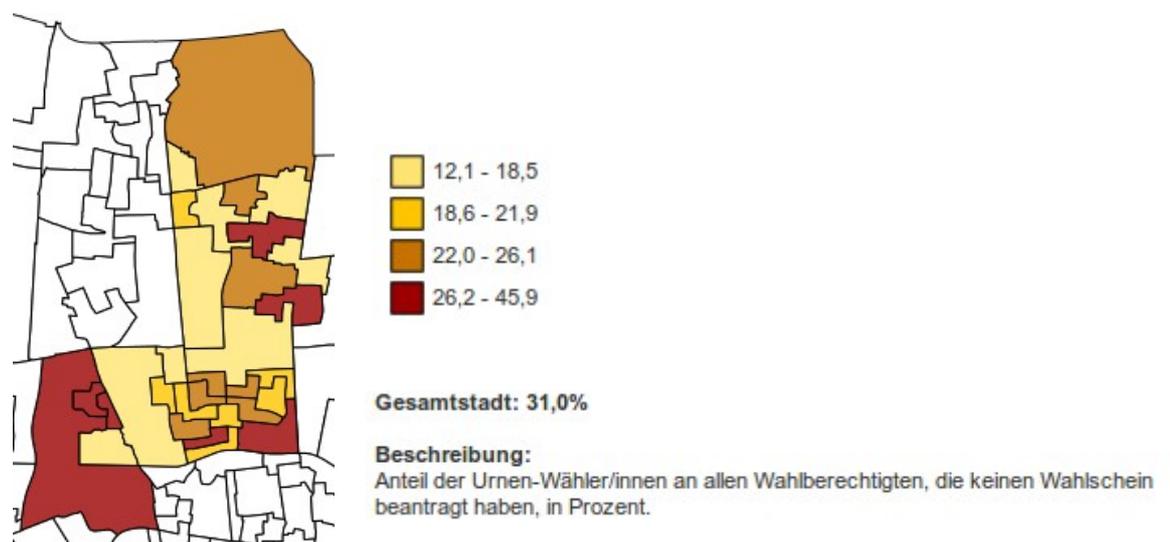
**Gesamtstadt: 78,5%**

**Beschreibung:**

Anteil der Wähler/innen an allen Wahlberechtigten in Prozent.

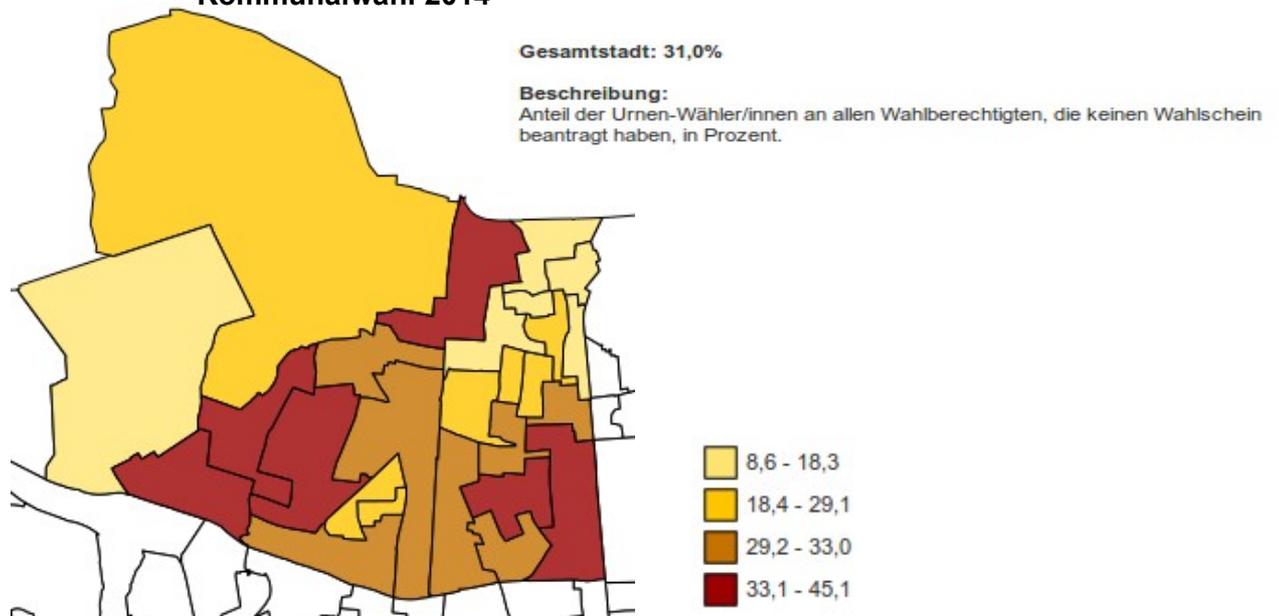
Allerdings ist diese Betrachtung auf Stadtteilebene sehr schematisch und erlaubt es nicht, die faktisch signifikanten Unterschiede in der Wahlbeteiligung in den einzelnen Vierteln zu berücksichtigen (vgl. Abbildung 3). Das Problem muss man somit sehr kleinteilig vor Ort angehen.

**Abbildung 3: Wahlbeteiligung Stadtbezirk 11 Milbertshofen – Am Hart, Kommunalwahl 2014**



Quelle: Statistisches Amt, Landeshauptstadt München, Wahlatlas

**Abbildung 4: Wahlbeteiligung Stadtbezirk 24 Feldmoching - Hasenberg, Kommunalwahl 2014**



Quelle: Statistisches Amt, Landeshauptstadt München, Wahlatlas

Während auf der Ebene der Stadtbezirke eine bereits beschriebene Verwerfung zwischen Zentrum und Peripherie festzustellen ist, differenziert sich dieser Blick aus, sobald die Eben der Wahlbezirke innerhalb der Stadtbezirke betrachtet wird. Die Spannweite in der Wahlbeteiligung zwischen den einzelnen Wahlbezirken eines Stadtbezirks ist dabei noch weitaus größer als die Spannweite zwischen den Stadtbezirken. Innerhalb der Stadtbezirke existieren also Sozialräume, in denen sich über die Hälfte der Menschen aus dem demokratischen Prozess zurück ziehen – bei Kommunalwahlen erzielen einzelne Wahlbezirke Wahlbeteiligungen (Urnenwahl) von unter 15 %, während gleichzeitig im benachbarten Wahlbezirk Beteiligungsquoten von über 80 % erzielt werden. Bestimmte Bevölkerungsgruppen in klar eingrenzbaaren Sozialräumen nehmen ihr Recht auf politische Repräsentation nicht mehr wahr. Damit einher geht ein Repräsentationsverlust dieser Bevölkerungsgruppen. Ihre spezifischen Interessen werden nicht im Stadtrat abgebildet und können somit auch nicht ausreichend in den demokratischen Aushandlungsprozess eingespeist werden. Dies führt wiederum zu einer Verstärkung des Eindrucks, dass die eigenen Interessen nicht wahrgenommen werden und weiterem Vertrauensverlust in demokratische Institutionen.

#### 1.4 Demokratische Werte in Gefahr

##### Europaweite Zunahme demokratiefeindliche Tendenzen

Manifester Ausdruck dieser Tendenzen ist der Abbau demokratischer Institutionen oder die sukzessive Abschaffung der Gewaltenteilung, wie wir es im Moment in verschiedenen europäischen Staaten beobachten.

Diesen Manifestationen voraus geht in der Regel ein langjähriger Verfall demokratischer Werte in weiten Kreisen der Bevölkerung, eine zunehmend mangelnde Wertschätzung

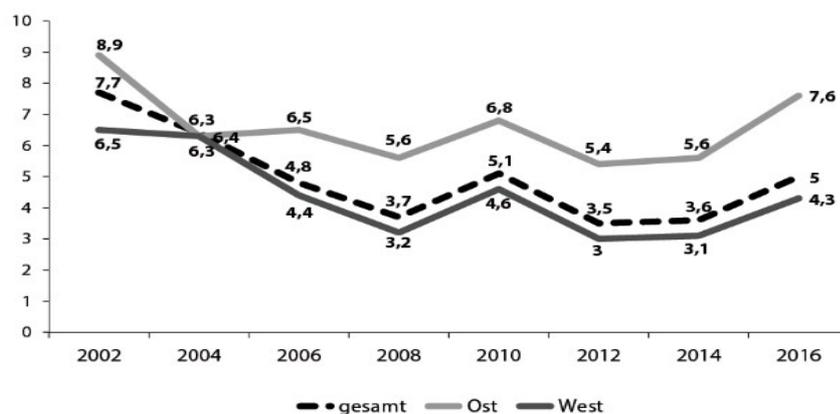
von Gewaltenteilung, repräsentativer Demokratie, pluralistischem Parteiensystem, demokratischer Konfliktlösungs- und Aushandlungsprozesse und ein zunehmend aggressives gesellschaftliches Klima gegen bestimmte gesellschaftliche Minderheiten.

*Auch in der Mitte der bundesdeutschen Bevölkerung: Ablehnung der Demokratie bzw. Demokratiemisstrauen*

Ein Hinweis auf die Zunahme autoritärer Einstellungsmuster - die mit der Ablehnung der repräsentativen Demokratie einhergehen - in der Bundesrepublik Deutschland stammt aus der Studie Decker/Kiess/Brähler 2016<sup>3</sup>. Hier zeigt sich eine wieder steigende Zustimmung zur Befürwortung einer rechts-autoritären Diktatur über die vergangenen Jahre seit 2012.

**Abbildung 5: Die Dimension „Befürwortung einer rechts-autoritären Diktatur“ im Zeitverlauf 2002 - 2016 (in %)**

**Grafik 7: Die Dimension „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur“ im Zeitverlauf 2002 -2016 (in%)**



Quelle: [https://www.uni-leipzig.de/pressedaten/dokumente/dok\\_20160615154026\\_34260c0426.pdf](https://www.uni-leipzig.de/pressedaten/dokumente/dok_20160615154026_34260c0426.pdf)

Weiter verbreitet als die unmittelbare „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur“ ist das „Demokratiemisstrauen“, wie die Untersuchung von Küpper / Zick / Krause 2015<sup>4</sup> belegt (Abbildung 5).

3 Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar (Hg., 2016), Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechts-extreme Einstellung in Deutschland, Leipzig.

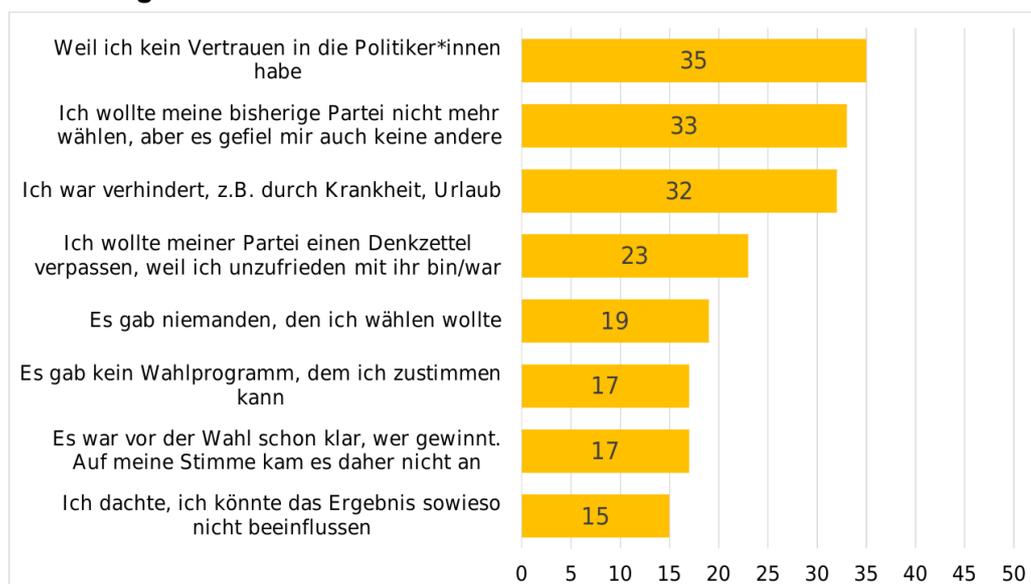
4 Küpper, Beate / Zick, Andreas / Krause, Daniela (2015), PEGIDA in den Köpfen – Wie rechtspopulistisch ist Deutschland?, in: Zick, Andreas / Küpper, Beate (Hg.), Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn.

**Abbildung 6: „Demokratiemisstrauen“ in der bundesdeutschen Bevölkerung**

Ich stimme ... bzw. Trifft ...	über- haupt nicht zu	eher nicht zu	eher zu	voll und ganz zu
<b>Demokratiemisstrauen (<math>\alpha = .77</math>)</b>				
Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht.	7	20	38	36
Politiker umgehen die bestehenden Gesetze, wenn es um ihre eigenen Vorteile geht.	6	16	33	42
Politiker nehmen sich mehr Rechte heraus als normale Bürger.	7	17	31	45

\_ Für alle Tabellen im Buch gilt: Aufgrund von Rundungen ergeben die Zeilenprozente nicht immer genau 100 %  
Quelle: Küpper / Zick / Krause (2015), S. 33.

Auch in der Münchner Studie zum Thema „Nachwahlbefragung von Münchner Bürger\_innen zur Bundestagswahl 2017“ zeigt sich ein erhebliches Ausmaß an „Demokratiemisstrauen“, wie die Zustimmung zu den folgenden Aussagen belegen (Abbildungen 6 und 7):

**Abbildung 7: Gründe für Nichtwahl in München 2017**

Quelle: Fröhlich 2018

**Abbildung 8: Einschätzung verschiedener Aspekte der Münchner Kommunalpolitik**



Quelle: Fröhlich 2018

Der Vertrauensverlust in politische Institutionen<sup>5</sup> stellt sich in der Analyse der Datensätze als gewichtiger Einflussfaktor auf die Wahrscheinlichkeit nicht an der Wahl teilzunehmen dar. Dieser Vertrauensverlust unterscheidet zumeist nicht zwischen den unterschiedlichen Ebenen des demokratischen Systems. Je stärker dieser Faktor ausgebildet ist, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass sich Menschen aus der aktiven Teilhabe am politischen Prozess zurückziehen.

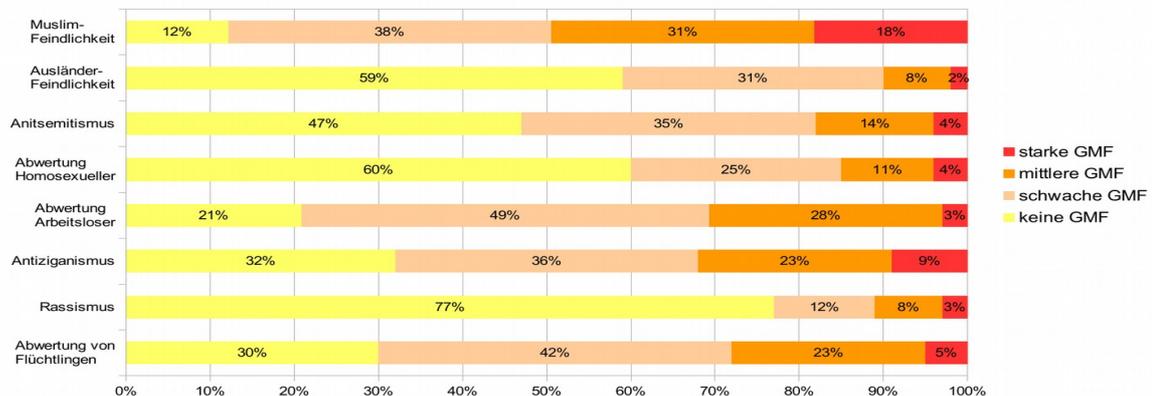
Gleichzeitig entnehmen wir anderen Forschungsvorhaben, auch innerhalb Münchens, dass der Vertrauensverlust in politische Institutionen ein entscheidendes Element für die Ausbildung menschenfeindlicher Einstellungsmuster ist: „Dieser Aspekt ist von besonderer Bedeutung, da man aus den bisherigen Studien zu „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ in München weiß, dass insbesondere das verlorene Vertrauen in politische Institutionen auch abwertende Einstellungen gegenüber unterschiedlichen Gruppen, wie etwa Muslimen, Geflüchteten, Langzeitarbeitslosen, Homosexuellen usw., in besonderem Maße beeinflusst (Fröhlich/Ganser/Köhler, 2016).“<sup>6</sup>

#### Abwertung, Ausgrenzung und Gewalt gegen Minderheiten finden sich auch im Münchner Stadtgebiet

Wie weit die Stigmatisierung bestimmter Minderheiten vorhanden ist, hat die im Auftrag der Fachstelle für Demokratie 2016 durchgeführte Studie zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in München“ gezeigt. Die folgende, aus der Studie entnommene Grafik verdeutlicht die Problematik für das Münchner Stadtgebiet:

5 Vgl. Fröhlich (2018): S. 37: Vertrauensverlust in politische Institutionen als „Index aus den drei Items „Vertrauen in den Bundestag“, „Vertrauen in die bisherige Bundesregierung“ und „Vertrauen in die politischen Parteien“. 1 „keines/sehr wenig Vertrauen“ bis 5 „sehr viel/vollständiges Vertrauen“.

6 Fröhlich (2018): S. 31.

**Abbildung 9: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München**

Quelle: Fröhlich / Ganser /Köhler, 2016<sup>7</sup>

**Fazit:**

Notwendig ist neben der unmittelbaren Werbung für die Teilnahme am demokratischen Prozess somit auch die Stärkung demokratischer Werte und Maßnahmen zum Abbau von Demokratiemisstrauen. Daher schlägt diese Beschlussvorlage einen Maßnahmen-Mix vor.

**2. Bestandteile und Ziele der Beschlussvorlage „Demokratie stärken“**

Die vorliegende Beschlussvorlage soll den im Rahmen der Studien, der Stadtratsanhörung vom 20.04.2018 und weiteren Befragungen auf den Bürgerversammlungen artikulierten Anliegen der Bürger\_innen Rechnung tragen. Die Beschlussvorlage

- enthält daher eine Darstellung bereits bestehender Angebote zum Thema „Demokratieförderung in München“;
- zeigt, an welchen Punkten Institutionen und Vereine für den Zeitraum 2018-2020 verstärkte Akzente zur Demokratieförderung betreiben wollen
- und erläutert neue Ansätze und Anstrengungen die nun unternommen werden sollen, um verstärkt über Kommunalpolitik in München aufzuklären und für demokratische Werte und Verfahrensweisen zu werben.

Einzelne dieser Maßnahmen sollen nach der Kommunalwahl 2020 evaluiert werden, andere sollen dauerhaft verankert werden.

Die Beschlussvorlage „Demokratie stärken“ verfolgt ein zweifaches Ziel:

<sup>7</sup> Fröhlich, Werner / Ganser, Christian / Köhler, Eva: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München, München, [https://www.ls4.sozioologie.uni-muenchen.de/aktuelle\\_forschung/einstellungen2016/index.html](https://www.ls4.sozioologie.uni-muenchen.de/aktuelle_forschung/einstellungen2016/index.html).

- a. **Kurzfristig: Aktivierung des demokratischen Potentials in der Stadtgesellschaft und Steigerung der Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl 2020**
- b. **Langfristig: Motivation der Münchner\_innen, für demokratische Werte einzustehen. Festigung des demokratischen Gemeinwesens und Stärkung der Abwehrkräfte gegen demokratiefeindliche Tendenzen.**

### 3. Maßnahmen im Rahmen der Beschlussvorlage „Demokratie stärken“

#### 3.1 Informationskampagne „Wählen gehen – so funktioniert Kommunalpolitik in München“

Laut der aktuellen Studie „Nachwahlbefragung von Münchner Bürger\_innen zur Bundestagswahl 2017“ gehen viele Münchnerinnen und Münchner davon aus, dass ein wichtiger Faktor um die Wahlbeteiligung anzuheben die Vermittlungen von Kenntnissen und Grundlagen der Münchner Kommunalpolitik ist.

Aufgrund dieser Erkenntnisse wird eine Kampagne gestartet, mit der die Landeshauptstadt München ihre Bürger\_innen motiviert, an den 2020 anstehenden Kommunalwahlen aktiv teilzunehmen und daneben für die repräsentative Demokratie zu werben.

Erklärt werden sollen in der Kampagne die Funktionsweise und Kompetenzen der demokratisch gewählten Institutionen wie dem Münchner Stadtrat, das Amt des Oberbürgermeisters und die Tätigkeiten der Münchner Bezirksausschüsse: Was macht der Stadtrat? Für was ist er zuständig? Wer bildet den Stadtrat? Welche Tätigkeiten und Aufgabengebiete haben der Oberbürgermeister und die Bürgermeister\_innen? Was machen die Bezirksausschüsse? Usw.

Hauptzielgruppe der Öffentlichkeitsarbeit und Kampagne sind die Bewohner\_innen der Landeshauptstadt München mit der Berechtigung zur Teilnahme an den Kommunalwahlen. Dabei ist zu beachten, dass in München zuletzt die Beteiligung an den Kommunalwahlen auf ein dramatisches, historisches Tief von nur noch 40 % in 2014 abgesunken ist. Vermittelt werden muss somit neben dem reinen Faktenwissen auch der Wert demokratischer Teilhabe in Form von Wahlen.

Die Zielgruppen für die Kampagne sind:

- Münchner\_innen jung und alt,
  - Münchner\_innen mit unterschiedlichem Bildungsniveau und Sprachkenntnissen,
  - Münchner\_innen mit und ohne Migrationshintergrund,
- spricht: die gesamte Stadtgesellschaft

Ein besonderer Fokus der Kampagne oder eine Auskoppelung sollte sich beziehen

- auf Erstwähler\_innen,
- auf Münchner\_innen mit Migrationshintergrund (evtl. Konzentration auf die relevantesten migrantischen Communities in München, die an der Kommunalwahl teilnehmen dürfen). Hier sollten sich insbesondere Menschen angesprochen fühlen, die wählen dürfen und das nicht wissen (z.B.: Ich bin Kroate\_in / Ich gehe wählen; Ich bin Grieche\_in / Ich gehe wählen)

Das Thema soll mit Bildern, Piktogrammen, evtl. bewegten Bildern usw. sowie evtl. Slogans oder Schlagwörtern zu ca. 10 Themen im Erklär-Charakter bearbeitet werden.

- a) Die Fachstelle für Demokratie stellt sicher, dass die Materialien der Kampagne an möglichst vielen virtuellen und real-weltlichen Orten im Stadtgebiet während des Jahres 2019 präsent sind. Die SWM und MVG haben hier dankenswerter Weise bereits Unterstützung zugesagt: SWM und MVG sind grundsätzlich bereit, sich an der Informationskampagne zu beteiligen. Je nach Ausgestaltung der möglichen Formate ist zum Beispiel ein Spot im Fahrgast-TV vorstellbar, ebenso eine Meldung im SWM Kundenmagazin.
- b) Die Fachstelle für Demokratie arbeitet mit weiteren Multiplikator\_innen, die nun nicht in der Beschlussvorlage erscheinen – wie bspw. Stelle für Interkulturelle Arbeit / Sozialreferat oder Bürgerbüro / KVR zusammen, um eine erhebliche Streuung der Materialien und Informationen zu gewährleisten.

Bei der Kampagne wird darauf geachtet, dass sich sowohl Frauen als auch Männer adäquat angesprochen fühlen.

Kosten:

Die Fachstelle für Demokratie sieht sich in der Lage, die Kosten für die Beauftragung einer Agentur in Höhe von 70.000,-- €, aus dem eigenen Budget zu finanzieren.

Um allerdings Haushaltsversendungen, Plakatierungen, Verteilaktionen usw. mit Plakaten, Postern, Postkarten, Flyern ausreichend bestücken zu können und eine öffentliche Sichtbarkeit mittels Social Media, Infoscreen, Fahrgastfernsehen usw. zu gewährleisten, besteht ein weiterer Mittelbedarf in Höhe von max. 250.000,-- € über den gesamten Kampagnenzeitraum von 10/2018 -03/2020. Momentan ist die zeitliche und betragsmäßige Zuordnung der Werbemittel noch nicht absehbar. Vorläufig wird eine Finanzierung aus dem Budget des Direktoriums erfolgen. Die Höhe der aktuell kalkulierten Mittel für Werbemaßnahmen ist auch im Vergleich mit anderen städtischen Kampagnen angemessen.

Zum Vergleich:

Für die Kampagne zur Isar-Reinhaltung stehen jährlich 85.000,-- € zur Verfügung.

Für die Kampagne zum Europatag wurden 180.000,-- € ausgegeben.

Für die Kampagne "Coffee-to-go" zur Vermeidung von Einwegbechern wurden im Jahr 2017 400.000,- € aufgewendet und in den Jahren 2018 und 2019 jeweils 150.000,-- € .

Für die Radl-Kampagne stehen jährlich 800.000,-- € zur Verfügung.

## **3.2. Ausbau von Angeboten der Demokratiebildung**

### **3.2.1 Demokratietrainer\_innen „Pastinaken“ - Ausbau der Förderung**

Die „Pastinaken“ sind ein Netzwerk politischer Bildner\_innen, die sich in München aktiv für die Vermittlung demokratischer Werte und Handlungskompetenzen und gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einsetzen. Hervorgegangen ist dieser Pool politischer Bildner\_innen aus der Betreuung der Ausstellung „Pastinaken raus!“. Diese Ausstellung war in den Jahren 2012 und 2013 im Rahmen des

kommunalen Fachnetzwerks gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (kurz: kommunales Fachnetzwerk) entstanden. Auch nachdem die Ausstellung das vorerst letzte Mal gezeigt worden war, organisierte die Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V. weiterhin diesen Pool von politischen Bildner\_innen, sorgte für die Anwerbung neuer Interessent\_innen, bildete diese fort und koordinierte den Einsatz der Trainer\_innen bei verschiedenen Ausstellungen, Fachtagen und Workshops auf Nachfrage. Die Koordinierung dieses flexiblen und bedarfsorientierten pädagogischen Demokratietrainer\_innen Pools für Jugendliche und Erwachsene wird seit 2015 mit jährlich 34.000,- € durch den Stadtrat gefördert.

Die aktuelle Arbeit der „Pastinaken“ im Bereich der Demokratieförderung umfasst zahlreiche Angebote und Formate für unterschiedliche Zielgruppen. So sind die „Pastinaken“ auf Anfrage sowohl im Bereich der politischen Jugendbildung (Schulen, Berufsschulen, OKJA, etc.) als auch im Bereich der Erwachsenenbildung (Lehrkräfte, Multiplikator\_innen, Fachkräfte in Betrieben, etc.) tätig. Die einzelnen Bildungsmaßnahmen werden dabei immer zielgruppenspezifisch auf die Altersstufe, die Bedürfnisse und die Interessen der Teilnehmer\_innen hin ausgerichtet. Die Formate reichen von kurzen Workshops über ganztägige Veranstaltungen bis hin zu mehrtägigen Projekten und Bildungsveranstaltungen. Inhaltlich bieten die „Pastinaken“ im Bereich der Demokratieförderung Bildungsveranstaltungen zu den übergeordneten Themenbereichen „Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ sowie „Demokratische Werte und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse“ an. Dabei ist besonders im Bereich der Jugendbildung in den vergangenen Jahren verstärkt der Bedarf nach einer konkreten Beschäftigung mit – oftmals tagesaktuellen – Fragen bezüglich des demokratischen Miteinanders in der Gesellschaft zu verzeichnen: bei vielen Jugendlichen – aber auch bei Erwachsenen – ist ein steigendes Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen und eine große Skepsis hinsichtlich der Möglichkeiten zu einer persönlichen Beteiligung an gesellschaftlichen und politischen Prozessen bemerkbar. Diesem Bedarf, der sich auch in den Anfragen nach politischer Bildung niederschlägt, werden die „Pastinaken“ durch spezifische Formate der politischen Bildungsarbeit gerecht.

Die Mitarbeit der Pastinaken an der Demokratieoffensive kann demnach hinsichtlich eines kurzfristigen Effektes zum einen darin bestehen, in Bildungsveranstaltungen im Allgemeinen verstärkt Wissen über die Funktionsweise und die Sinnhaftigkeit demokratischer Systeme und Aushandlungsmechanismen zu vermitteln und dabei einen Gesprächsraum für aktuelle – oftmals strittige – Fragen bezüglich des demokratischen Miteinanders in Deutschland zu schaffen. Solche Austausch- und Diskussionsräume im Schul-, Ausbildungs- oder Arbeitskontext zu ermöglichen, soll vor allem kurzfristig dazu beitragen, das Vertrauen in demokratische Werte und Systeme zu stärken und die Bereitschaft zur aktiven Mitgestaltung der Gesellschaft zu erhöhen. Natürlich zählt zu dieser kurzfristig ausgerichteten Arbeit auch ein aktives Werben für eine Wahlbeteiligung. Auch eine Bewerbung bzw. eine explizite pädagogische Arbeit anhand der Materialien aus der Aufklärungs- und Informationskampagne der Fachstelle für Demokratie, sowie die Kooperation mit Partner\_innen in der Demokratieoffensive für München bezüglich unterschiedlicher Projekte ist in dieser Hinsicht denkbar.

Neben diesen kurzfristigen Zielen und Ansätzen der Demokratieoffensive für München ist es aber auch wichtig, die langfristigen Ansätze im Auge zu behalten. So zeigt beispielsweise die von der Fachstelle für Demokratie in Auftrag gegebene Nichtwählerstudie auf, wie wichtig es ist, neben dem Wissen über die Funktionsweise demokratischer

Systeme auch im Besonderen demokratische Werte zu vermitteln. Diese Bildungsmaßnahmen, die sich nachhaltig und positiv auf die Beförderung demokratischer Werte in der Gesellschaft auswirken sollen schließen beispielsweise Zielgruppen mit ein, die entweder noch nicht (bezüglich des Alters) oder gar nicht (bezüglich der Staatsbürgerschaft) an politischen Wahlen in Deutschland teilhaben können. In dieser langfristigen Perspektive wollen die „Pastinaken“ zusätzlich dazu beitragen, dass Demokratie auch losgelöst von konkreten Wahlen und mit Blick auf die Zukunft als Wert für sich und als Grundlage für ein friedliches Miteinander in der Gesellschaft verstanden wird.

Ausbau der Förderung für die Koordinierung

Die Koordinierung sorgt dafür, dass der Trainer\_innen-Pool, einsatzfähig ist und dass hochwertige Leistungen geliefert werden.

Das Profil unterteilt sich in folgende Bereiche:

– Vorbereitung: Organisation und Verwaltung der Workshop-Einsätze mit den jeweiligen Bildungsanbietern.

Auf Anfrage werden Demokratietrainer\_innen für Workshops für Jugendliche und Erwachsene vermittelt: Mit den Anfragenden werden ausführliche Gespräche geführt, um Hintergründe und Bedarfe pädagogisch abzuklären, die Anfragen werden an die Demokratietrainerinnen und Demokratietrainer weitergeben, Referentinnen und Referenten festgelegt, Kontakt mit den Interessent\_innen (Kirchen, Jugendeinrichtungen etc.) gehalten, Themen abgesprochen, Vorbereitung organisiert und begleitet, Berichtswesen sichergestellt.

– Vorbereitung der Workshop-Einsätze

Die einzelnen Workshop-Einsätze und weitere Bildungseinheiten i.S. eines Angebotskatalogs werden in Arbeitsgruppen vorbereitet. Die Koordinierungsstelle unterstützt die Bildung und Durchführung der Arbeitsgruppen und begleitet deren Arbeit fachlich wie organisatorisch.

– Nachbereitung der Workshop-Einsätze

Beinhaltet die Dokumentation und Archivierung, von Bildungsmaterialien. Didaktisches Material wird elektronisch und analog gesichert, analysiert und zur Verfügung gehalten. Dies dient neben der gemeinsamen Reflexion dazu, den ständig wachsenden Erfahrungs- und Erkenntnisschatz sämtlichen Mitgliedern des Demokratietrainer\_innenpools zur Verfügung zu stellen und so einen effizienten Arbeitsprozess – in dem viel Wissen und Erfahrung gebündelt werden – zu ermöglichen.

– Organisation monatlicher Austausch- und Fortbildungstreffen für die Trainer\_innen:

Die regelmäßig mindestens einmal monatlich stattfindenden Austausch- und Fortbildungstreffen werden von der Koordinierungsstelle organisiert, sowie vor- und nachbereitet. Durch die Koordinierungsstelle werden die Termine der Pastinakentreffen festgelegt. Absprachen darüber getroffen, welche Workshop-Erfahrungen gemeinsam reflektiert werden, weitere Themen mit denen sich das Workshop-Angebot der Demokratietrainer\_innen befassen sollte, festgelegt und Aufgaben verteilt, das Treffen moderiert sowie Protokolle erstellt.

Die Treffen dienen auch dazu, Absprachen über Workshop-Einsätze zu treffen, Bedarfe an Fortbildung seitens des Pools zu erfragen und über neue Themen und Herausforderungen ein Meinungsbild zu erstellen, sowie Erfahrungen aus Einsätzen auszuwerten. Gerade weil die Einsätze oft mit durchaus belastender Konfrontation mit men-

schenfeindlichen Äußerungen verbunden sind, ist die Aufarbeitung solcher Erfahrungen auch ein notwendiger Beitrag zur Fürsorge für die jungen Demokratietrainer\_innen.

– Weiterbildungen organisieren

(1 Wochenendseminar, 1 Blocktag, 1 Halbtagsseminar pro Jahr)

Terminvereinbarung, Themenfestlegung, Suche und Koordination von Referent\_innen und Tagungshäusern, Finanzierung wird sichergestellt und Tagungsleitung übernommen. Information der Demokratietrainer\_innen über relevante Weiterbildungsangebote in München und bundesweit werden bereitgestellt.

– Qualitätssicherung

Koordination und Fortbildung von Nachwuchskräften

Aufgrund eines konstanten Wechsels im Trainer\_innenpool ist es notwendig, Zeit in die Qualitätssicherung des Angebots zu investieren. Konkret bedeutet das die Organisation von regelmäßigen Treffen des Trainer\_innenpools zum fachlichen Austausch und der Reflexion der eigenen Arbeitsansätze sowie die Organisation von ca. 3 Fortbildungswochenenden pro Jahr. Auf den Fortbildungswochenenden werden das Bildungsangebot, die Themen und Formate teilweise mit externen Referenten diskutiert und überarbeitet.

– Öffentlichkeitsarbeit

Bekanntmachung des Bildungsangebots, um Interessent\_innen auf die Angebote und Themen der Demokratietrainer\_innen aufmerksam zu machen und ggf. neue Interessent\_innen zu gewinnen.

– Vernetzung und Projektmitarbeit der Demokratietrainer\_innen organisieren

Die gesammelten Erfahrungen aus der Bildungsarbeit werden in das kommunale Fachnetzwerk eingespeist und leisten somit einen wichtigen Beitrag zum städtischen Fachdiskurs und zur Weiterentwicklung der kommunalen Handlungsstrategie. Organisation der Mitarbeit der Demokratietrainer\_innen in Projekten.

Wenn die Teilnahme der Demokratietrainer\_innen bei Projekten erwünscht ist (z. B. Mitarbeit bei der Weiterbildung von neuen Mitarbeitenden des München Stift) wird diese Mitarbeit koordiniert und unterstützt.

Zudem organisiert die Koordinierungsstelle die Vernetzung mit engagierten Jugendlichen und Facharbeitskreisen und -gremien in der Stadt (zum Beispiel Fachforum Mädchenarbeit). Diese Tätigkeiten stellen eine Stärkung des Sozial- und Bildungsbereichs im Umgang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dar.

Es bedarf daher einer weiteren Verstärkung der Koordinierung mittels einer zusätzlichen Finanzierung von 31.700,-- € (halbe Stelle, TVöD EG 11, St.3).

Neben der Aufstockung der Koordinierungsstelle bedarf es einer Ausweitung der finanziellen Mittel um folgenden Betrag:

- Mittel für Honorare für die Demokratietrainerinnen und Demokratietrainer dort, wo die anfragenden Institutionen die Honorare nicht selber aufbringen können, v.a. in Schulen (16.800,-- €).
- Verwaltung und Bereichsgeschäftsführung:  
Für das unumgängliche Verwaltungsaufkommen der Seminareinsätze (Abrechnung

gen, Anträge, Datenpflege, etc.), ist eine Finanzierung in Höhe von 7.500,-- € notwendig.

- Sachkosten, Infrastruktur

Die Sachkosten in Höhe von 4.000,-- € ergeben sich aus Miete, Büromaterial, Fortbildungsmaterial, etc.

### 3.2.2 „Demokratie im Einsatz“ – das Demokratiemobil in München – Ausbau der Förderung

Demokratiemobile sind in der Bundesrepublik vielerorts zu finden. Bürger\_innen sollen informiert und angeregt werden, sich mit bestimmten Themen und Fragen unserer Gesellschaft und der Politik allgemein auseinanderzusetzen und aktiv teil zu haben, z.B. indem sie zur Wahl gehen. Dafür besuchen Demokratiemobile Gemeinden oder Stadtteile, sind Teil von Festveranstaltungen oder unterstützen mit Workshops und Seminaren vor Ort (ein Beispiel hierfür ist das Demokratiemobil der Initiative „Tolerantes Brandenburg“).

Das Demokratiemobil in München verfolgt in seinem Konzept ähnliche Ziele, allerdings mit einer, speziell auf München zugeschnittenen konzeptionellen Variante: Ergänzend zu dem Netz der Organisationen und Initiativen, die mit Indoor-Angeboten bereits erfolgreich unterwegs sind, konzentriert sich das Demokratiemobil ausschließlich auf politische Bildungsarbeit „auf der Straße“, im öffentlichen Raum. Es möchte die Menschen inmitten ihres Alltags erreichen und nicht nur Inhalte transportieren, sondern vor allem ins Gespräch mit ihnen gehen, Interessen und Stimmungen aufnehmen, zuhören, diskutieren. Politik und Demokratie werden auf interaktive Weise Thema, mit abwechslungsreichen, niederschweligen Mitmachangeboten nicht nur für Erwachsene sondern auch für Kinder und Jugendliche. Es geht darum, Partizipationsmöglichkeiten kennen zu lernen und darin bestärkt zu werden, sie aktiv wahr zu nehmen. Auf diese Weise, so hat es das Pilotprojekt zur Bundestagswahl gezeigt, können Menschen erreicht werden, die erst einmal keinen Zugang zu Politik und Demokratie haben oder aktiv suchen.

Die *Idee*, ein Demokratiemobil auch in München einzusetzen, entstand im kommunalen Fachnetzwerk. Der Kreisjugendring München-Stadt, Mitglied des Netzwerks, übernahm die Trägerschaft und entwarf das Rahmenkonzept für das Pilotprojekt zur Bundestagswahl 2017: So wurden drei Münchner Stadtteile mit erfahrungsgemäß geringer Wahlbeteiligung in den Blick genommen und im Vorfeld der Wahlen besucht. Es stellte sich heraus, dass in insgesamt 10 Einsätzen über 1400 Menschen erreicht werden konnten, die sich aktiv mit den Angeboten befasst und mit verschiedenen Themen auseinandergesetzt haben. Die *Resonanz* in der Stadt auf das Pilotprojekt von Medien, Bezirksausschüssen, Stadtteileinrichtungen und Initiativen war wesentlich höher als erwartet. Das führte dazu, dass 2018 für das Programm zur Landtagswahl eine Auswahl an Einsatzorten getroffen werden musste, damit das Projekt finanziell und personell gewährleistet werden kann. Fünf Bezirke werden heuer mit Einsätzen besucht.

Bei *Kosten* für langfristig geplante Aktionen bezüglich inhaltlichem, technischem und logistischem Material kann auf Fördergelder Dritter zurückgegriffen werden (z.B. Bezirksausschüsse, Stiftungen). Die Anschaffung und der Unterhalt des Mobils dagegen (mit Wartung, Versicherungen und Steuern) sind nicht über Fördermittel Dritter finanzierbar. Das betrifft genauso Aufwendungen für Einsätze, die beispielsweise aufgrund ihrer Kurzfristigkeit im Sinne der Antragsfristen (bspw. Einsatz auf einem Stadtteilsternfest der wenige Tage vor dem Einsatz angefragt wird) gesondert finanziert werden müssen.

Diese Kosten, ebenso wie die Vorfinanzierung der nötigsten Personalmittel, die Öffentlichkeitsarbeit und die notwendigen Verwaltungsaufwendungen trägt der Kreisjugendring seit 2017 bislang durch nicht verbrauchte Mittel des Jugendverbandsvertrags und das Budget der Fachstelle Demokratische Jugendbildung und unterstützt durch zahlreiches ehrenamtliches Engagement.

Die bisherige *Finanzierung* resultiert derzeit aus einer Ausnahmesituation. Eine dauerhafte, kompetente und für alle Beteiligten zufriedenstellende Fortführung des Projekts „Demokratie im Einsatz“ ist so nicht möglich. Das Projekt basiert auf der Kooperation mit verschiedensten Akteuren. Die Angebote der politischen Bildung im öffentlichen Raum werden prinzipiell gemeinsam entwickelt und verwirklicht. Dieser kooperative und partizipative Charakter bedarf einer angemessenen *personellen Ausstattung*, die die Weiterentwicklung des Demokratiemobil gewährleistet, Kontakte und Netzwerkaufgaben übernimmt, Angebote überarbeitet und Einsätze koordiniert.

Das im Münchner Raum einzigartige *Projekt „Demokratie im Einsatz“* ist prozessual angelegt und hat bereits im ersten Versuch verdeutlicht, dass diese innovative Form der aufsuchenden politischen Bildung ein breites, heterogenes Publikum aller Milieus erreicht und beteiligt. In enger Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Demokratie und den Mitwirkenden im kommunalen Fachnetzwerk lassen sich hier gezielte und nachhaltige Aktivitäten entwickeln, die das demokratische Bewusstsein und die aktive Teilhabe der Menschen stärken. Daher bedarf es eines dauerhaften Zuschusses von 40.000,-- €.

Diese Kosten ergeben sich konkret wie folgt:

Personalkosten:

Die Arbeitgeberkosten für eine halbe Stelle in TVöD S 13 in Stufe 3 betragen jährlich 29.875,01 €. Das individuelle Leistungsentgelt (Ziele und Fortbildung) sind nicht mit berechnet.

Sachkosten:

- Sachaufwendungen z.B. für Wartung Mobil, Versicherungen, Steuern usw.) 2.000,-- €
- Aufwendungen für Einsätze, die beispielsweise aufgrund ihrer Kurzfristigkeit im Sinne der Antragsfristen (bspw. Einsatz auf einem Stadtteilstfest der wenige Tage vor dem Einsatz angefragt wird) gesondert finanziert werden müssen 5.000,-- €
- Verwaltungsaufwendungen für Fortbildungen, Fahrtkosten usw. 1.000,-- € der beteiligten Mitarbeiter\_innen
- Dauerhafte Öffentlichkeitsarbeit für das Demokratiemobil (Homepage, Flyer, Artwork usw. 2.000,-- €

Die restlichen Aufwendungen (Miete Büro usw.) werden weiterhin über den Jugendverbandsvertrag des KJR finanziert.

### 3.2.3 Gleichstellungsstelle für Frauen

Auch 100 Jahre nach Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für Frauen, sind Frauen in politischen Entscheidungsprozessen und Gremien unterrepräsentiert. Gleichzeitig ist die Form der politischen Beteiligung von Frauen und Männern nicht deckungsgleich. Aus Sicht der Gleichstellungsstelle für Frauen muss deshalb jede Maßnahme zur

Förderung der politischen Beteiligung die spezifischen Zugänge von Frauen/Mädchen und Männern/Jungen reflektieren und zielgruppenspezifisch ansprechen.

Gemäß der Gleichstellungssatzung der LHM ist es Aufgabe der Gleichstellungsstelle „auf die Gleichstellung von Frauen und Männern in Beruf, Familie und Gesellschaft hinzuwirken“ (§ 3.1). Diese Aufgabe erstreckt sich nicht nur auf die Stadtverwaltung, sondern auf alle Münchner Bürgerinnen und Bürger (§ 3.2). Die Gleichstellungsstelle für Frauen fördert die politische Beteiligung von Frauen gemäß dieses Auftrags durch Veranstaltungen und Veröffentlichungen ebenso wie durch Kooperationen und die Beteiligung an gleichstellungs- und frauenpolitischen Netzwerken. Im Folgenden werden einige Tätigkeiten der Gleichstellungsstelle in diesem Bereich beispielhaft dargestellt:

Mit den Kamingesprächen hat die Gleichstellungsstelle für Frauen in Kooperation mit der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen ein Format geschaffen, bei dem Frauen in einem offen moderierten Diskussionsforum ihre politischen Anliegen formulieren und diskutieren können und das darüber hinaus einen Raum darstellt sich zu vernetzen. Daraus hervorgegangen ist das Frauenstadtgespräch, bei dem wesentliche Themen aus den Kamingesprächen vorgestellt und mit Vertretungen aus dem Stadtrat, aus der Verwaltung und allen interessierten Frauen der Stadtgesellschaft gemeinsam diskutiert werden können. Die Kamingespräche haben seit 2014 jährlich stattgefunden. Das erste Frauenstadtgespräch wurde 2016 erfolgreich durchgeführt.

In Kooperation mit dem Stadtbund Münchner Frauenverbände hat die Gleichstellungsstelle für Frauen eine Wahlbroschüre zur Landtags- und Bezirkswahl im Oktober 2018 veröffentlicht. In der Broschüre wird ein Bogen gespannt von den Vorkämpferinnen für das Frauenwahlrecht bis hin zu aktuellen Informationen zur politischen Partizipation. Es wird auf die Bedeutung der Ausübung des Wahlrechtes eingegangen und erläutert, wie die Landtagswahl und die Bezirkswahlen funktionieren. Die Broschüre ist kostenlos erhältlich im Büro der Gleichstellungsstelle für Frauen, Rathaus, 1. Stock, Zimmer 114 oder kann über die Website [www.muenchen.de/gst](http://www.muenchen.de/gst) heruntergeladen werden. Für 2019 ist die Überarbeitung und Neuauflage dieser Broschüre in Hinblick auf die anstehende Kommunalwahl geplant.

Mit der Unterzeichnung der Europäischen Charta zur Gleichstellung von Männern und Frauen auf lokaler Ebene durch den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München am 30. Mai 2016, hat sich die Stadt verpflichtet, die Grundsätze und Ziele der Charta durch Aktionspläne mit Leben zu füllen. In Artikel 3 der Charta ist Förderung der aktiven Mitwirkung von Frauen und Männern aus allen Gruppen der Gemeinschaft am politischen und zivilgesellschaftlichen Leben verankert. Im Rahmen der Entwicklung des Aktionsplanes zur Charta fand am 29.06.2018 im Rathaus der Workshop „Typisch Frau? Typisch Mann?“ und die Konsequenzen daraus - Ideenentwicklung zum Abbau von Geschlechterstereotypen" mit unterschiedlichen Gruppen aus der Zivilgesellschaft statt. Der Workshop "Alle Tage wieder - Alltagssexismus, wie wir ihn erleben, wie wir ihm widerstehen und wie wir uns wehren, findet am 26.10.2018 statt.

Die Gleichstellungsstelle für Frauen veranstaltet anlässlich des 100. Jahrestages der Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts eine Frauenkonferenz mit dem Titel

„100 Jahre Frauenwahlrecht. Demokratie der Zukunft nur mit uns!“ Die Konferenz widmet sich in aus historischer und gegenwärtiger Perspektive mit den unterschiedlichen Formen von Beteiligung von Frauen am demokratischen Willensbildungsprozess. In Hinblick auf die Konferenz hat die Gleichstellungsstelle für Frauen das Schäuble Institut für Sozialforschung beauftragt eine Studie „Wählen und Gestalten“ durchzuführen zu Motivationen und Einstellungen Münchner Frauen zu politischer Mitwirkung und Wahlen. Die Studie untersucht die persönliche Haltung von Frauen zu den demokratischen Wahlmöglichkeiten bei Wahlen und Bürgerentscheiden, die Bereitschaft von Frauen sich parteipolitisch zu engagieren und ggf. selbst für ein Amt zu kandidieren und/oder die Bereitschaft sich in anderer Form politisch zu engagieren. Darüber hinaus untersucht die Studie die Wahrnehmung eigener politischer Wirkmächtigkeit sowie mögliche Gründe für Zurückhaltung demokratischen Engagements. Die Ergebnisse der Studie werden im Rahmen der Frauenkonferenz am 30.11.2018 im Alten Rathaussaal präsentiert. Am Nachmittag der Konferenz werden die Ergebnisse der Studie diskutiert in Hinblick auf die kommunalen Möglichkeiten, frauenpolitisches Bewusstsein sowie die bewusste Mitgestaltung demokratischer Prozesse und die Vertretung von Frauenbedarfen bei Münchens Bürger\_innen zu unterstützen.

### 3.2.4 Referat für Bildung und Sport

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Sinne der Demokratieerziehung steht auf einer breiten Grundlage:

- Europäische Charta der Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde und der Region
- Gesamtkonzept für die Politische Bildung an bayerischen Schulen (konkretisiert im Rang einer verbindlichen kultusministeriellen Bekanntmachung den Auftrag der Bayerischen Verfassung, die Schülerinnen und Schüler „im Geiste der Demokratie, in der Liebe zur bayerischen Heimat und zum deutschen Volk und im Sinne der Völkerverständigung zu erziehen“ (Art. 131, Abs. 3 der Bay. Verfassung)
- Rechte und Pflichten von Schülerinnen und Schülern nach Art. 56 BayEUG
- Schülermitverantwortung und Schülervertretung nach Art. 62, Abs. 9 BayEUG

Die folgende Darstellung soll einen Einblick über Maßnahmen und Projekte an Bildungseinrichtungen in München geben. Dabei handelt es sich um eine auszugsweise Darstellung:

#### 3.2.4.1 Beispielhafte Darstellung der laufenden Maßnahmen/Projekte/Aktivitäten im Bereich der Demokratieförderung

Eine Vielzahl der Projekte zur Politischen Bildung findet regelmäßig statt und wirkt daher auch langfristig. An vielen weiterführenden und beruflichen Schulen werden im Rahmen des Unterrichtes der Bayerische Landtag bzw. der Deutsche Bundestag in Berlin besucht. Diese Besuche werden entsprechend pädagogisch aufgearbeitet.

Das bundesweite Projekt „Schule ohne Rassismus-Schule mit Courage“, dessen Regionalkoordination am Pädagogischen Institut angesiedelt ist, ist bereits an 41 Münchner Schulen (21 städtische, 13 staatliche und 7 private/kirchliche) eingeführt (Stand 31.07.2018). Diese Schulen sind Teil des bundesweiten Netzwerks „Schule ohne Ras-

sismus - Schule mit Courage“, das vom Engagement der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte gegen jede Art von Diskriminierung lebt. Das Projekt wird vom Fachbereich Politische Bildung des Pädagogischen Instituts nachhaltig unterstützt und gefördert.

Ein Beispiel für fest etablierte, partizipatorische Strukturen sind Klassenrat und Schülerparlament, die in vielen städtischen Münchner Schulen eingeführt sind. Sie sind das demokratische Forum einer Klasse oder Schule, in dem über selbstgewählte Themen beraten, diskutiert und entschieden wird. In diesem Zusammenhang ist auch der „Münchener Weg“ zu nennen, der für die städtischen weiterführenden Schulen verbindliche pädagogische Standards, z.B. neue Beteiligungsangebote für Schülerinnen und Schüler durch die verstärkte Übernahme von verantwortungsvollen Aufgaben, z. B. Tutorenarbeit vorgibt.

Viele Schulen nehmen die Möglichkeit wahr, sich am Kinder- und Jugendforum zu beteiligen. Hierbei erhalten Kinder und Jugendliche die Gelegenheit, ihre Anliegen direkt an Verwaltung und/oder Politik weiter zu geben und praktizieren durch die Abstimmungsverfahren gelebte Demokratie. Das BildungsLokal Berg am Laim/Ramersdorf hat im Rahmen des Jahres für Demokratie, Freiheit und Europa in Berg am Laim gemeinsam mit der Initiative Berg am Laim für Demokratie, Freiheit und Europa und dem Kinder- und Jugendforum e.V. das Berg am Laim Kinder- und Jugendparlament vorbereitet, begleitet und durchgeführt.

Durch die Verleihung der Urkunden „München dankt! Schülerinnen und Schülern“ fördert und wertschätzt das Referat für Bildung und Sport ehrenamtliches Engagement von Schülerinnen und Schülern. Seit 2013 werden Schülerinnen und Schüler ausgezeichnet, die sich an ihrer Schule im Umfang von mindestens 50 Stunden pro Schuljahr engagieren. Für das Schuljahr 2017/18 haben 215 Schülerinnen und Schüler die Auszeichnung erhalten. Sie werden am 14. November im Alten Rathausaal zu einem Empfang geladen, bei dem Bürgermeisterin Christine Strobl die Begrüßungsworte spricht.

In der Nacht vom 15. auf den 16. September 2018 wird in zehn bayerischen Städten und Gemeinden auf Initiative des Wertebündnis Bayern eine „Lange Nacht der Demokratie“ veranstaltet. Die Nacht schließt an den Internationalen Tag der Demokratie am 15. September 2018 an. Auch Münchner Schulen beteiligen sich an den Aktionen.

An den beruflichen Schulen ist das Thema „Wahlen“ im Lehrplan aufgeführt, z.B. im Lehrplan Sozialkunde der Berufsschule und Berufsfachschule, und wird von den Lehrkräften im Unterricht entsprechend aufbereitet. Die Kürzung des Sozialkundeunterrichts im Lehrplan plus an Fachoberschulen und Berufsoberschulen ist vor dem Hintergrund der Demokratieförderung als sehr kritisch anzusehen.

An einigen beruflichen Schulen finden ausgewählte Projekte zur politischen Bildung statt, so z.B. das Projekt „Menschenrechten eine Stimme geben“ sowie „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ (Städt. Berufsschule für Farbe und Gestaltung). Die Städt. Nelson Mandela Berufsoberschule setzt sich zum Beispiel für Antirassismus mit Hilfe von Workshops, Ausstellungen und fächerübergreifendem Unterricht ein. Die Gay Straight Alliance an drei beruflichen Schulen setzt sich für die Rechte von Homosexuellen und Transgender ein und tritt für Toleranz, Akzeptanz und gegenseitigen Respekt an den Schulen ein. Viele dieser Projekte finden in enger Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut statt (FB Politische Bildung, aber auch FB Soziale Bildung und andere).

Der Fachbereich Politische Bildung im Pädagogischen Institut organisiert zudem in großer Zahl Workshops, Exkursionen und (mehrtägige) Seminare zur Politischen Bildung für Schülerinnen und Schüler sowie Fortbildungen für Lehrkräfte. „Demokratieför-

derung“ ist ein wesentliches Grundprinzip all dieser Veranstaltungen. In diesem Sinne wurden im Programmjahr 2017 ca. 200 Veranstaltungen durchgeführt. Dabei konnten allein im Bereich des Programms für Schülerinnen und Schüler ca. 7500 Teilnehmende erreicht werden. Zudem werden mehrtägige SMV-Fahrten bezuschusst, an denen pro Jahr ca. 1750 Schülerinnen und Schüler teilnehmen.

Die Themenbereiche Politische Bildung und Partizipation sind zentrale Handlungsfelder der BildungsLokale. So verfolgt das lokale Bildungsmanagement das langfristige Ziel, v.a. die jüngeren Quartiersbewohnerinnen und -bewohner an politische Beteiligungsmöglichkeiten heranzuführen. Im REGSAM FAK Jugend wurde 2014 die Gründung des Netzwerk Jugendbeteiligung beschlossen. Die FAK-Vorsitzende (als Vertreterin der Offenen Kinder- und Jugendarbeit), die Bildungsmanagerin des BildungsLokals Neuperlach (Koordination der schulartübergreifenden Zusammenarbeit und der Zusammenarbeit Schule - Offene Kinder und Jugendarbeit) und die Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V. (als Prozessbegleitung) formierten sich als Steuerungsgruppe des Netzwerks. Aus diesem Netzwerk ging 2015 YCM (Youth City Movement) hervor. 2017 wurde YCM mit dem „Münchener Schulwettbewerb zur Stadtentwicklung“ mit dem 1. Platz ausgezeichnet.

Mit Inkraftsetzung des kompetenzorientierten LehrplanPLUS erhalten die anwendungsbezogenen Lernziele eine noch zentralere Rolle an Schulen. Lernen durch Engagement (LdE) stellt dabei eine sinnvolle Vorbereitung für ein späteres gesellschaftliches Engagement und dem Erlernen demokratischer Verhaltensweisen dar. Das Referat für Bildung und Sport unterstützt die Stiftung „Gute Tat“ im Haushaltsjahr 2018 mit 9000,- €.

#### 3.2.4.2 *Kurzfristig – für 2019 – geplante Maßnahmen, die sich positiv auf die Wahlbeteiligung auswirken können*

Mit dem 2014 zum ersten Mal ausgeschriebenen Münchener Schulpreis werden Münchener Schulen prämiert, die sich durch ihre demokratische Organisation auszeichnen. Neben „Verantwortung übernehmen“ oder „Diversität erleben“ wurde dem Kriterienkatalog der Indikator „Demokratie (er)leben“ neu hinzugefügt.

Der Orientierungsrahmen Schulqualität der städtischen Realschulen und Schulen besonderer Art enthält im Qualitätfeld 2 „Lebensraum Klasse und Schule (Pädagogisch Zusatzangebote, Ganztagsangebote, Schulklima)“ den Bestandteil: Alle an Schule Beteiligten partizipieren an der Gestaltung des Lebensraums Schule und sind beteiligt an schulischen Gestaltungsprozessen, z. B. im SchülerInnenparlament, in Arbeitsgruppen unter Beteiligung von Erziehungsberechtigten und Gremien, SMV, Externen.

Zudem ist geplant, mit der StadtschülerInnenvertretung einzelne Veranstaltungen durchzuführen und Konzepte mit Schülerinnen und Schülern zu erarbeiten. Durch die Einbindung von Jugendlichen wird sichergestellt, dass ihre Lebenswelten in die Projekte mit einfließen.

Das Pädagogische Institut wird entsprechende Maßnahmen der Schulen intensiv unterstützen und begleiten. Grundsätzlich gilt die potentiell positive Wirkung auf die Wahlbeteiligung 2020 für alle Workshops, Exkursionen und Seminare des Fachbereichs Politische Bildung, mit denen Schülerinnen und Schüler ab dem 17. Lebensjahr im Laufe der Schuljahre 2018/19 und 2019/20 erreicht werden. Im Schuljahr 2018/19 wird dabei ein

Schwerpunkt der Angebote auch auf den Ereignissen der Bairischen Revolution und Räterepublik 1918/19 liegen. Unter dem vom Kulturreferat für das stadtweite Programm gesetzten Motto „Was ist Demokratie?“ wird es verschiedene Formate geben, die u.a. die Auseinandersetzung mit Demokratieformen und der Bedeutung von Demokratie sowie die Frage der politischen und gesellschaftlichen Gleichstellung von Frauen (100 Jahre Frauenwahlrecht!) in den Fokus rücken. Darüber hinaus sind Veranstaltungen im Themenbereich Kommunalpolitik geplant. Vorstellbar sind beispielsweise die Produktion von Erklärvideos zur Kommunalpolitik sowie die Konzeptionierung von Stadtführungen und -rundgängen und die Durchführung von Interviews und Umfragen durch Schülerinnen und Schüler. Es wird angestrebt, dass die Geschäftsbereiche Allgemeinbildende und Berufliche Schulen im RBS gemeinsam mit dem Pädagogischen Institut ein Planspiel zum Thema „Kommunalpolitik“ für den Unterricht entwickeln.

Die BildungsLokale veranstalten u.a. unter dem Titel „Gscheid gewählt“ regelmäßig Infoveranstaltungen zu anstehenden Wahlen (siehe Anlage). Die Informationen dazu sind in einfacher Sprache verfasst und stellen somit ein niederschwelliges Angebot dar.

Gemäß Stadtratsauftrag arbeitet der Fachbereich Politische Bildung bei der Konzeption und Realisierung von Workshops, Exkursionen und Seminaren für Schulen mit einer Vielzahl von externen Kooperationspartnern zusammen. Um die Reichweite der Politischen Bildung an den städtischen Bildungseinrichtungen zu erhöhen, soll die Kooperation mit externen Partnern intensiviert werden. Darüber hinaus sollen weitere Kooperationen forciert werden. Denkbar ist eine Zusammenarbeit mit Stiftungen und Vereinen, die bereits erprobte Programme für Schülerinnen und Schüler entwickelt haben bzw. entwickeln können.

Ein Informationsschreiben an alle Münchner Bildungseinrichtungen soll die Teilnahme an den zahlreichen Angeboten zur Demokratiebildung weiterhin erhöhen und einen Überblick verschaffen.

#### 3.2.4.3 *Mittelfristige und nachhaltige Maßnahmen, die sich positiv auf die Beförderung demokratischer Werte und Bildung auswirken können*

Mit dem Beschluss der „Fach- und Ausbauplanung der Kitabetreuung in München - Perspektive Kita 2020“ hat der Münchner Stadtrat das Referat für Bildung und Sport beauftragt, ein „Bündnis für Qualität in Münchner Kitas“ zu etablieren, darin Aspekte von Qualität aufzugreifen, trägerübergreifend zu diskutieren und zu implementieren. Am 5. März 2018 fand die Impulsveranstaltung zum Thema „Partizipation“ statt. Damit trägt die Landeshauptstadt der Erkenntnis Rechnung, dass das Verständnis für demokratische Prozesse bereits im frühen Kindesalter erlernt wird.

Der Geschäftsbereich Allgemeinbildende Schulen plant die Durchführung einer U-18-Wahl an (ausgewählten) städtischen Schulen, um anhand dessen politische Prozesse zu diskutieren und erleben.

Des Weiteren werden die unter 2. genannten Maßnahmen in den folgenden Schuljahren weitergeführt.

Hierzu zählen:

- Schwerpunkte des Fachbereichs Politische Bildung für geplante Workshops und

Veranstaltungen: Zum einen wird die „Weimarer Republik“, auch als Beispiel für eine „verspielte“ Chance auf Demokratie, eingeplant. Zum anderen werden Seminare zu den vielfältigen Formen kommunalen Wirkens und kommunaler Beteiligungsmöglichkeiten angeboten.

Themenfelder wie „Menschenrechtsbildung“, „Diskriminierung und Rassismus“ und „Kritischer Umgang mit Medien“ sowie die Unterstützung der „Schulen ohne Rassismus - Schulen mit Courage“ bleiben auch weiterhin im Fokus. Sie überschneiden sich mit den bereits erwähnten Themenfeldern und sind für die Demokratiebildung von zentraler Bedeutung.

- Projekte im Rahmen des Bürgerschaftlichen Engagements werden weiter an einzelnen Schulen verfolgt und weiter ausgebaut.
- Das geplante Planspiel „Kommunalpolitik“ wäre auch über das Wahljahr hinaus im weiteren Kontext von Demokratiebildung einsetzbar.

### 3.2.5 Sozialreferat

#### 3.2.5.1 *Stadtjugendamt (S-II-KJF/JA)*

Im § 1 SGB VIII ist festgelegt, dass jeder Mensch ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit hat. Diese Formulierung ist angelehnt an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes, das von der "eigenverantwortlichen Persönlichkeit innerhalb der sozialen Gemeinschaft, wie sie dem Menschenbild des Grundgesetzes entspricht" spricht.

In diesem Sinne sieht sich die Jugendhilfe in der Verantwortung, junge Menschen hinsichtlich eines an der Gemeinschaft orientierten Demokratieverständnisses und eines grundlegenden Verständnisses über Menschenrechte zu fördern.

Die Ergebnisse der Nachwahlbefragung von Münchner Bürger\_innen zur Bundestagswahl 2017 (Fröhlich, 2018) haben gezeigt, dass die altersmäßig jüngsten Befragten (bis 25 Jahre) unter anderem die höchsten Nichtwählerinnen- und Nichtwähleranteile stellen. Auch zeigen diverse Studien, wie z. B. die letzte Shell-Jugendstudie, dass die junge Generation eine zunehmende Politikverdrossenheit verspürt und sich zunehmend nicht von den politischen Parteien und deren Programmen angesprochen und abgeholt fühlt.

Deutlich wird aber auch, dass das politische Interesse junger Menschen prinzipiell steigt und mit diesem wachsenden politischen Interesse auch die Bereitschaft, sich an politischen Aktionen jenseits der Parteipolitik zu beteiligen. Die etablierten politischen Parteien profitieren demzufolge davon nicht, weil die jungen Menschen ihnen grundlegend nur noch wenig Vertrauen entgegen bringen.

Insbesondere junge Menschen aus den unteren Bildungsschichten haben – laut Münchner Jugendbefragung – vermehrt kein Vertrauen in eine gute Zukunft für sich. Ausgehend davon, dass sich in den unteren Einkommens- und Bildungsschichten besonders viele Nichtwähler\_innen finden, besteht dringender Handlungsbedarf.

Vor diesem Hintergrund sieht sich das Stadtjugendamt München in der Verantwortung, in der Vielfalt seiner Handlungs- und Zuständigkeitsebenen Kinder, Jugendliche und junge Volljährige dieser Stadt zur gesellschaftlichen Mitverantwortung im Sinne demokratischer Mitgestaltung eines gesellschaftlichen Wandels zu befähigen.

1. Darstellung der aktuell bereits laufenden Maßnahmen/Projekte/Aktivitäten im Bereich Demokratieförderung:

Im Stadtjugendamt ist mit 1,5 VZÄ die Stelle für Politische Bildung angesiedelt, die auch Teil des kommunalen Fachnetzwerks ist. Ihr Auftrag ist, durch Beratung, Vernetzung, Fortbildung, Gremienarbeit und konzeptionelle Arbeit im Bereich der Jugendhilfe und der Jugendarbeit Demokratiebewusstsein und die entsprechenden Kompetenzen zu fördern, präventiv gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu arbeiten und dazu gesellschaftliche Entwicklungen aufzugreifen. Sie verwaltet einen eigenen Haushalt zur Unterstützung von (einmaligen) Projekten, die über jugendkulturelle Zugänge politische Bildung fördern. Über diese Mittel werden z. B. besondere Einsätze des Bildungskollektivs „Pastinaken“ finanziert. Die „Pastinaken“ machen Angebote zur Vermittlung demokratischer Werte, Normen und Handlungskompetenzen in allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen, sowie im außerschulischen Bereich.

In Fällen von drohender oder bereits erfolgter Radikalisierung von jungen Menschen bietet die Stelle für Politische Bildung Aufklärung, Beratung und Weitervermittlung an geeignete Maßnahmenträger oder Unterstützungsangebote. Um jungen Menschen zu begegnen, demokratiefeindliche - und damit radikale - Haltungen zu vertreten und entsprechende Aussagen zu treffen, ist Prävention der wichtigste Fokus der Stelle für politische Bildung. Die Mitarbeiter\_innen bieten Beratung, Vorträge, Fortbildungen oder Workshops zu allen wichtigen Themen im Rahmen von Demokratieförderung, wie z. B. Radikalisierung von jungen Menschen, Rechtsextremismus, Prävention, Antirassismus und Antidiskriminierung, Vielfalt und Pluralität, Gewaltprävention, Medienkompetenz, Partizipation, Zivilcourage, historisch-politische Bildung, Menschenrechte, aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen, Hassrede, Umgang mit Parolen, Opferperspektive, Empowerment usw.

Zudem erfolgt hier die Steuerung von Münchner Trägern bzw. Maßnahmen der Jugendhilfe im Rahmen der Politischen Bildung für junge Menschen, wie z. B. der Arbeitsgemeinschaft für Friedenspädagogik e.V., des Jugendinformations-zentrums (JIZ) oder der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus (Firm).

2. Kurzfristig - also für 2019 - geplante Maßnahmen, die sich positiv auf die Wahlbeteiligung auswirken:

Das Stadtjugendamt wird die jugendrelevanten Ergebnisse der Nichtwähler\_innenstudie sowie die daraus entstandenen Anträge und Initiativen sowie den akuten Handlungsbedarf vorstellen. Die Vorstellung findet zunächst amtsintern und später – zur Einbeziehung der freien Träger der Jugendhilfe – in der

Dacharbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII statt. Von dort werden die Informationen in die einzelnen Bereiche bzw. die verschiedenen Facharbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII getragen, wo schnell realisierende Maßnahmen von Vertretenden der freien und öffentlichen Jugendhilfe der einzelnen Bereiche erdacht, diskutiert und vereinbart werden können.

Unmittelbar geplant ist bereits ein Angebot zur Demokratieförderung bei der Veranstaltung „18.jetzt – das Rathausclubbing“, die jährlich im Oktober stattfindet. Die Landeshauptstadt München lädt bei diesem Event jedes Jahr die im aktuellen Jahr bis dahin 18 Jahre alt gewordenen Münchnerinnen und Münchner zu einer großen Party mit verschiedenen Dancefloors und Aktionen ein. Ein Programmpunkt ist die sog. „Polit-Lounge“, bei welcher der Kreisjugendring München-Stadt, die Bezirksausschüsse und der Ring Politischer Jugend Teilhabe- und Beteiligungsmöglichkeiten in München (interaktiv) erklären und den jungen Menschen Rede und Antwort stehen.

Aktuell wird im Stadtjugendamt daran gearbeitet, im Nußbaumpark, der neuerdings in einem kulturkreativen Projekt attraktiver gestaltet werden soll, eine besondere Aktion zur Förderung der Partizipationsbereitschaft und der Wahlbeteiligung für junge Menschen in Kooperation mit den Pastinaken zu realisieren. Ob das aktuell vor der Landtagswahl noch gelingt, befand sich zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Beschlussvorlage noch in Klärung. Es soll aber in jedem Fall im nächsten Sommer – möglicherweise auch in Kooperation mit dem Demokratiemobil des Kreisjugendrings – umgesetzt werden.

Für die erste Hälfte des kommenden Jahres wird ein Fachtag zum Thema Politische Bildung bzw. Demokratiepädagogik in der Jugendhilfe geplant, bei dem entweder bereits ein neues Leitbild zum Thema schon vorgestellt oder ein Entwurf weiter entwickelt werden kann. Teilnehmen sollen Vertretende aller sozialpädagogischen Bereiche des Stadtjugendamtes, sowohl aus den operativen Einheiten, als auch aus den Steuerungsbereichen. Ziel des Fachtages wird sein, das Bewusstsein der Jugendhilfe für die Bedeutung der Förderung von Demokratiekompetenzen zu erweitern und die thematische Nähe zu bereits prioritären Themen wie Vielfalt, Gendergerechtigkeit, Antirassismus, interkulturelle Öffnung, LGBTQI, Gewaltprävention als Teil eines gemeinsamen politischen Verständnisses. Bestpractice-Modelle dazu sollen vorgestellt, weiterentwickelt und in andere Bereiche dupliziert werden, sowie neue Ideen entstehen. Die Ergebnisse des Fachtages fließen dann langfristig in die Arbeit der einzelnen Bereiche des Stadtjugendamtes mit ein.

3. Langfristige und nachhaltige Maßnahmen, die sich positiv auf die Beförderung demokratischer Werte und Bildung auswirken:

Das Stadtjugendamt wird ein Leitbild zur Demokratieförderung bzw. zur politischen Bildung entwickeln, das davon ausgeht, Jugendarbeit und Jugendhilfe als wichtige Erfahrungs- und Lernorte für Teilhabe und Partizipation, demokratische Werte sowie

Grund- und Menschenrechte zu verstehen. Ausgangspunkt ist dabei die Grundannahme, dass eine starke Demokratie kein Selbstläufer ist, sondern Ergebnis menschlichen Handelns und Erziehung und dass alle jungen Menschen das Recht auf Förderung in diesem Sinne – und damit im Geiste des § 1 SGB VIII - haben. Dabei stehen im Wesentlichen nicht die Vermittlung von Wissen über politische Strukturen, Entscheidungen oder Ereignisse im Vordergrund, sondern die Förderung von Fertigkeiten und Eigenschaften, die in einer starken Demokratie unerlässlich sind, wie Ambiguitätstoleranz, Empathie, politische Handlungsfähigkeit und Ich-Kompetenzen.

### 3.2.5.2 *Beteiligung von REGSAM*

#### 1. Das Angebot von REGSAM – Regionale Netzwerke für soziale Arbeit in München

Die REGSAM-Netzwerkstruktur ist geprägt von einem grundlegenden Demokratieverständnis. Dieses bildet sich ab in der demokratischen Arbeitsweise in den REGSAM-Gremien wie auch in der engen Zusammenarbeit mit Bezirksausschüssen. Folgende Schwerpunkte sind besonders hervorzuheben:

#### 2. Kontinuierliche und dauerhafte Stärkung von demokratischen Werten

- In den REGSAM-Schwerpunktgebieten
- Bewohnerinnen und Bewohner werden befragt und aktiv eingebunden, um eine Verbesserung der Situation vor Ort zu erreichen. Dies ist besonders erfolgreich in allen Bereichen, wo es um das nachbarschaftliche Miteinander und um Toleranz und gegenseitige Akzeptanz geht. Das gemeinsame, oft erfolgreiche Engagement für Treffpunkte im Quartier, bei Festen und gemeinsamen Aktionen ermöglicht die Erfahrung, dass gemeinsam Verbesserungen erreicht werden können. Hier ist auch die enge Mitwirkung der Bezirksausschüsse besonders hervorzuheben.
- Durch die Unterstützung der sich am Netzwerk beteiligenden sozialen Einrichtungen in den Stadtteilen bei deren unterschiedlichsten Partizipationsprozessen.
- Durch die aktive Auseinandersetzung mit Entwicklungen in den Stadtteilen, welche nicht vereinbar sind mit einem demokratischen Grundverständnis und einem friedvollen Zusammenleben.
- Durch die Vermittlung von Fach- und Sachinformationen, um gegen Vorurteile und demokratiefeindliche Haltungen argumentieren zu können.
- Durch die Einbindung von demokratiefördernden Projekten (z.B. Demokratiemobil) in die Stadtteile

#### 3. Ausbau der Kooperation mit dem kommunalen Fachnetzwerk und der Fachstelle für Demokratie

In den Jahren 2015/2016 stieg der Bedarf nach Fortbildung und Information in vielen

sozialen Einrichtungen, wie mit demokratiefeindlichen Entwicklungen in den Stadtteilen und teilweise auch in den Einrichtungen umgegangen werden kann. REGSAM hat dies unterstützt durch:

- Einladung von Referenten des studentischen Bildungskollektivs „Die Pastinaken“ in viele Facharbeitskreise und in die Arbeitsgruppen „Flüchtlinge und Wohnungslose“, um ein Argumentationstraining durchzuführen. Die notwendigen Honorare wurden aus dem REGSAM-Budget oder aus dem Jugendpflegebudget finanziert.
- Vorstellung der anderen Partnerinnen und Partner im kommunalen Fachnetzwerk, wie z.B. before e.V. in den Facharbeitskreisen.
- Durchführung von zwei stadtweiten Fortbildungen am 01.06.2017 und am 03.05.2018 unter dem Motto „Netzwerken für Demokratie“ in Kooperation mit der Fachstelle für Demokratie. Zielgruppe waren die Mitarbeiter\_innen sozialer Einrichtungen. In Workshops wurden dabei Themen wie „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“, Rassismus, Informationen über Rechtsextremismus in München und „Argumente gegen Hetze im Netz“ vertieft. Die Informationen über die verschiedenen Träger und Angebote des kommunalen Fachnetzwerks wurden sehr interessiert wahrgenommen und waren teilweise noch wenig bekannt. Bei der Veranstaltung 2018 war es zudem das Ziel, auch die Vernetzung nach Stadtteilen zu diesem Thema zu vertiefen. Es fanden sich Interessierte, die beruflich oder in ihrer Freizeit Interesse haben, sich regional zu vernetzen, um Demokratieförderung und Bewusstseinsbildung in den Stadtteilen bis 2020 zu fördern und so regionale Bündnisse aufbauen zu können. Zu den ersten Treffen wird die Fachstelle für Demokratie einladen.

Das Sozialreferat fördert seit mehr als 20 Jahren das Netzwerk REGSAM. Die Sozialplanung des Sozialreferats begrüßt und unterstützt als Steuerungsstelle die Beteiligung von REGSAM an den Maßnahmen im Rahmen der Beschlussvorlage „Demokratie stärken“ für München.

### 3.2.5.3 *Beteiligung der Nachbarschaftstreffs*

#### 1. Demokratieförderung findet in den Nachbarschaftstreffs bereits statt

Die Nachbarschaftstreffs sind Anlaufstellen für alle Bürgerinnen und Bürger eines Stadtviertels. Hier werden Informationen ausgetauscht und Menschen dabei unterstützt, sich für das eigene Viertel zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. Nachbarinnen und Nachbarn werden aktiv angesprochen und miteinander vernetzt. Somit sind Nachbarschaftstreffs aufgrund ihrer gemeinwesenorientierten und aktivierenden Arbeitsweise Räume für politisches Lernen und demokratische Prozesse.

Hiermit sind nicht nur demokratische Aushandlungsprozesse, sondern auch Engagement in seiner praktisch gestaltenden Dimension gemeint. Reales und selbstwirksames Teilhaben an der Zivilgesellschaft ist eine wesentliche Voraussetzung für die Ausbildung einer demokratischen Einstellung. Ziel der Nachbarschaftstreffs ist es,

Nachbarinnen und Nachbarn, insbesondere auch Migrantinnen und Migranten und Neuzugewanderte für bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement zu gewinnen und sie in dieser Rolle zu stärken. Mit unterschiedlichen Methoden werden Bürgerinnen und Bürger durch Nachbarschaftstreffs unterstützt, sich mit der Situation in ihrem Viertel/ Quartier auseinanderzusetzen, Ziele und Lösungen für Problemlagen gemeinsam zu entwickeln und ihre Interessen in politischen Gremien (Bezirksausschuss) zu vertreten.

In den Nachbarschaftstreffs finden sich regelmäßig politische Mikrowelten, die in Angeboten, Gruppen und Projekten für Lernhandlungsprozesse genutzt werden können und so die politische Makrowelt „im Kleinen“ erfahrbar machen. Es gibt hierbei viele Beispiele dafür, wie Engagierte sich zunächst für eigene Interessen engagieren und sich in der Folge für andere einsetzen (Menschenrechte, Frauenrechte, Bürgerrechte etc.).

In den verschiedenen Nachbarschaftstreffs gibt es außerdem bereits eine Vielzahl von konkreten Angeboten zur politischen Bildung/ Demokratieförderung. Beispielhaft seien hier die „Woche für Demokratie“ im Maikäfertreff (Berg am Laim), die Gruppe „Flüchtlinge willkommen“ im Tatz (Sendling-Westpark), diverse Beteiligungen am „Ramadama“ (z.B. Nachbarschaftstreff Parkstadt Schwabing), die Wanderausstellung „Mein Nachbar aus...“ (Projekt „Die Teilgeber“, diverse Standorte) genannt.

Solche Projekte werden immer mit einer hohen Beteiligung von engagierten Nachbarinnen und Nachbarn durchgeführt. Es handelt sich dabei nicht um Angebote, die diese lediglich konsumieren, sondern sie gestalten aktiv.

Des Weiteren haben sich Nachbarschaftstreffs durch ihre Niedrigschwelligkeit, ihre kleinräumige Verbreitung, ihren offenen und zielgruppenübergreifenden Charakter zu Orten des Informationsaustausch und der Vernetzung etabliert. Ehrenamtliche erhalten zudem Fortbildungen, z.B. im Umgang mit nichtdemokratischen Äußerungen und Stadtteilkonferenzen werden beworben. Außerdem werden Informationsmaterialien rund um die Demokratie, z.B. von der Fachstelle für Demokratie ausgehängt und -gelegt, sodass die Nachbarschaftstreffs und die dort Aktiven eine Multiplikatorenfunktion innehaben.

Um der wachsenden Bedeutung der aktiven Demokratieförderung Rechnung zu tragen, wurde 2016 im Fachaustausch der Quartierbezogenen Bewohnerarbeit die Arbeitsgruppe „Einmischung/ Demokratieverständnis“ gebildet. Sie trifft sich viermal im Jahr, um zu besprechen, wie Nachbarinnen und Nachbarn politisch sensibilisiert und unterstützt werden können für ihre Interessen einzutreten und mit welchen Maßnahmen und Methoden man eine offene und demokratische Atmosphäre in den Nachbarschaften erhält und fördert. Ein Sprecher der Arbeitsgruppe nimmt an den regelmäßigen Austauschtreffen der Fachstelle für Demokratie teil und sorgt für den Informationsaustausch mit diesem Gremium.

Um die Unterstützungsbedarfe in der Demokratieförderung zu beantworten, startete im April 2018 das Projekt „Demokratie-Lokal“. Ziel ist es, die politische Teilhabe in den Nachbarschaften sowie das Bewusstsein und Wissen über politische Teilha-

bemöglichkeiten innerhalb und außerhalb von Wahlen zu fördern. Dazu werden Methoden der politischen Bildung für die nachbarschaftliche Ebene gesammelt, entwickelt und adaptiert. Des Weiteren finden Aktionen rund um die Landtags- und Bezirkstagswahlen statt.

## 2. Demokratieförderung wird auch 2019 in den Nachbarschaftstreffs stattfinden

Die Arbeits- und Handlungsprinzipien der Nachbarschaftstreffs werden auch 2019 umgesetzt und fortgeführt. Weiterhin werden Informationsmaterialien, der Fachstelle für Demokratie u.a. den Nutzerinnen und Nutzern der Nachbarschaftstreffs zugänglich gemacht, sodass die Multiplikatorenfunktion erhalten bleibt. Die Arbeitsgruppe „Einmischung/ Demokratieverständnis“ wird aufgrund der großen Nachfrage ebenfalls fortgeführt.

Zudem sind bereits jetzt Veranstaltungen in verschiedenen Nachbarschaftstreffs zur Europawahl geplant, z.B. Besuch des Demokratiemobils in Kooperation mit dem KJR (Nachbarschaftstreff Langbürgener Straße & Nachbarschaftstreff Ramersdorf-Süd). Erfahrungsgemäß werden sich aus den Ideen der Engagierten heraus weitere Angebote entwickeln, die in den Nachbarschaftstreffs umgesetzt werden.

Zusätzlich ist für 2019 ein Projekt zur Reflexion und Vermittlung von Werten geplant. Ziel ist es, in den vielfältiger werdenden Nachbarschaften „gemeinsame Nenner“ im Sinne von gemeinsamen grundlegenden Werten des Zusammenlebens zu erarbeiten, denn die demokratische Aushandlung gemeinsamer Werthaltungen ist für die Qualität des sozialen Zusammenhalts in einer Nachbarschaft von hoher Bedeutung. Dieses Projekt wurde vom VFS beim BAMF beantragt und soll in Kooperation verschiedener Nachbarschaftstreffs stattfinden.

Auch die Fortführung des Projekts „Demokratie-Lokal“ ist für das Kalenderjahr 2019 mit einer Finanzierung aus Restmitteln des Nachbarschaftstreff Perlachs beantragt. Im Falle einer Bewilligung wird das „Demokratie-Lokal“ die Europawahl, sowie die allgemeine Demokratieförderung für die Zielgruppen Menschen mit und ohne Wahlrecht in den Fokus nehmen. Im Sinne einer professionellen Begleitung der Kommunalwahlkampagne der Fachstelle für Demokratie, sollte auch eine Fortführung im Jahr 2020 geplant werden.

## 3. Nachbarschaftstreffs bleiben Räume für politische Bildung

Das tägliche Geschäft der Nachbarschaftstreffs mit den unter 1. beschriebenen Wirkungen wird aufgrund ihres Status als Einrichtungen langfristig fortgeführt. Explizite Demokratieförderung kann über Zusatzprojekte bedient werden, über die das Verständnis der Einrichtungen als Räume politischer Bildung fest im Konzept verankert wird.

Die Alten- und Service-Zentren (ASZ) intensivieren den bestehenden Kontakt zu FgR und stellen Überlegungen zu möglichen gemeinsamen Aktivitäten an. Hierbei wird insbesondere auch geklärt, ob für die speziellen Bedarfe der ASZ besondere Formate

und Methoden entwickelt werden müssen, oder welche bestehenden Konzepte übertragbar sind.

### 3.2.6 NS-Dokumentationszentrum

#### 3.2.6.1 Bildungsauftrag Demokratiebildung

Einer der Kernpunkte in der historisch-politischen Vermittlungsarbeit des NS-Dokumentationszentrums ist es, den hohen Wert von freiheitlicher Demokratie und Grundrechten zu vermitteln und zum kritischen eigenständigen Nachdenken und zur aktiven politischen Teilhabe anzuregen.

Dies geschieht

- mittels und im Rahmen der Dauerausstellung (einschließlich der permanenten Aktualisierung des „Newstickers“ mit Meldungen aus dem Bereich Antisemitismus, Fremden- und Demokratiefeindlichkeit, Rechtsextremismus)
- durch Wechselausstellungen (z.B. „Nie wieder. Schon wieder. Immer noch. Rechtsextremismus in Deutschland nach 1945“ 2017/18) und im Rahmen des jeweiligen Begleitprogramms
- durch einschlägige Veranstaltungen im Rahmen des allgemeinen Veranstaltungsprogramms
- mittels der Angebote im Lernforum
- im Rahmen unterschiedlicher Bildungsformate:
- zielgruppenspezifische Rundgänge, Seminare für ein breites Teilnehmerspektrum, insbesondere für alle Schultypen, vor allem Mittelschulen, Berufsschulen sowie für Polizeibeamte, Sozialberufe
- Orientierungskurse für Migrantinnen und Migranten
- Seminare zum Thema „Verwaltung und Verantwortung“ für städtische Auszubildende und PUMA-Absolventen
- „Spring School“ für Studierende und Multiplikatoren, erstmals durchgeführt im März 2018 zum Thema „Aufstieg des Nationalsozialismus und heutige Formen des Rechtsextremismus“

#### 3.2.6.2 Beteiligung an der Beschlussvorlage „Demokratie stärken“ der Stadt München mit Blick auf die Kommunalwahlen 2020

- Beteiligung an der Aufklärungskampagne „So funktioniert Demokratie“ über Social Media, z.B. mittels Postings zum Thema „Demokratie kann scheitern“ oder einer kleinen virtuellen Ausstellung über „Wahlen“ in Demokratie und Diktatur

- Beteiligung an den Kampagnen „So funktioniert Demokratie“ und „Meine Stimme zählt“ durch spezielle Rundgänge und/oder Seminare zu den Themen „Politische Partizipation / Demokratie kann scheitern“ und „Verwaltung und Verantwortung“
- Aufgreifen aktueller Debatten in Veranstaltungen (Vorträgen, Podiumsdiskussionen, Filmvorführungen etc., wie bereits erfolgt, s.o.)

### 3.2.6.3 Langfristige und nachhaltige Maßnahmen zur Beförderung demokratischer Werte und Bildung

Neben und ergänzend zu den bereits unter 3.2.6.1. genannten Maßnahmen und laufenden Angeboten, die nachhaltig und langfristig ausgelegt sind, möchte das NS-Dokumentationszentrum noch mehr als bisher (siehe Dependance NS-Zwangsarbeit in Neubauing) in die Stadtteile bzw. in den Stadtraum gehen, um die Menschen vor Ort zu erreichen und das Gefühl der Teilhabe zu stärken. Kooperationen mit Stadtteilinitiativen, Bezirksausschüssen oder der örtlichen Volkshochschule werden angestrebt. Zugleich soll vermittelt werden, dass auch das Haus am Max-Mannheimer-Platz thematisch einschlägigen Stadtteilinitiativen offen steht. Das NS-Dokumentationszentrum München will stadtweit als lebendiger Ort der Auseinandersetzung mit Themen der historisch-politischen Bildung und aktuellen Entwicklungen wahrgenommen werden, sich der Stadtgesellschaft durch weitere niederschwellige Angebote öffnen und ein Diskussionsforum bieten.

### 3.2.7 Demokratieoffensive an der Münchner Volkshochschule

#### 3.2.7.1 Bereits laufende Aktivitäten im Bereich Demokratieförderung

Die Münchner Volkshochschule bietet mit ca. 350 Veranstaltungen jährlich ein offenes, parteipolitisch unabhängiges Forum für Themen und Kontroversen der politischen und zeitgeschichtlichen Bildung, an dem jährlich mehr als 10 000 Bürger\_innen teilnehmen. Das Themenspektrum umfasst Fragen der Kommunal-, Innen-, Europa- und internationalen Politik, Grundlagen der Demokratietheorie sowie historische und zeitgeschichtliche Themen. Das breite Programmangebot ist didaktisch vielfältig, wird in Kooperation mit vielen Institutionen und Akteuren der Stadtgesellschaft realisiert und spricht alle Gruppen und Generationen der Bevölkerung an.

#### 3.2.7.2 Für 2019 geplante Maßnahmen

Für die Programmlaufzeit 2019/20 plant die Münchner Volkshochschule einen umfangreichen Programmschwerpunkt zum Thema „Deutschland und die Demokratie“. Mit einem breiten Spektrum von Veranstaltungen soll über die aktuelle Lage und die Zukunft der Demokratie in Deutschland und Europa informiert und diskutiert werden. Dazu gehören u.a. Themen wie: direkte vs. repräsentative Demokratie, die Rolle von Parteien, Zivilgesellschaft und Medien, der Strukturwandel der Öffentlichkeit, die Rolle von Sprache und Emotion im politischen Diskurs, der Umgang mit Minderheiten, Fragen von Recht, Verfassung und Gewaltenteilung sowie der Zukunft der politischen Bildung.

Außerdem wird die historische Dimension der noch relativ jungen deutschen Demokratie zum besseren Verständnis aktueller Fragestellungen beitragen: es gilt an das 100. Jubiläum der Weimarer Reichsverfassung zu erinnern, an das 70. Jubiläum des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie an den 30. Jahrestag der friedlichen Revolutionen in Ostdeutschland und Osteuropa.

Eine eigene Programmlinie wird die Kommune als „Basislager der Demokratie“ in den Blick nehmen. Hier wird es u.a. darum gehen, die verschiedenen Handlungsfelder, Gremien und Akteure kommunaler Politik vorzustellen sowie politische Teilhabe und Partizipation zu fördern.

In diesem Rahmen werden sich vielfältige Gelegenheiten bieten, die Materialien der geplanten Informationskampagne der Fachstelle für Demokratie zur Kommunalwahl zum Einsatz zu bringen.

### 3.2.7.3 Mittel- und langfristige Aktivitäten zur Förderung demokratischer Werte und politischer Bildung

Das bestehende Programm wird – orientiert auch an aktuellen Fragestellungen und Herausforderungen – kontinuierlich weiterentwickelt. Ein Fokus wird dabei auf der Stärkung diskursiver Formate liegen. Daneben soll eruiert werden, inwieweit und mit welchen Partnern insbesondere in den dezentralen Münchner Stadtvierteln die Angebote zur politischen Grundbildung sowie zur politischen Jugendbildung weiter entwickelt werden können. Hierzu bestehen u.a. Kontakte mit den Bildungslokalen, den Nachbarschaftstreffs, Regsam, dem Demokratiemobil und den „Pastinaken“.

### 3.2.8 Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften

Da die sozialräumliche Verteilung von Nichtwählerhochburgen im Stadtgebiet es nahe legt, dass auch in den städtischen Wohnungsbaugesellschaften viele Nichtwähler\_innen leben, wurden diese um Stellungnahme gebeten und gaben folgende Rückmeldungen:

Die GWG München mbH unterstützt gerne die Aufklärungskampagne (siehe 3.1) und stellt dafür ihr Mietermagazin „GWG Journal“ zur Verfügung. Dieses Journal erscheint jährlich vier Mal und wird an alle GWG-Haushalte, an Vertreter der Stadtpolitik, der Stadtverwaltung, der Presse und an befreundete Unternehmen verteilt.

Denkbar sind dabei die Veröffentlichungen von Fachbeiträgen und Interviews zur Aufklärungskampagne. Inhalte und Veröffentlichungstermine der einzelnen Beiträge sollten jeweils zwischen der Fachstelle für Demokratie und der GWG abgestimmt werden.

Die GWG schlägt vor, die Beiträge auch im Webmagazin der GWG zu veröffentlichen, um auch eine jüngere Zielgruppe zu veröffentlichen.

Die GEWOFAG Holding GmbH bietet an, in einer der kommenden Ausgaben der Mieterzeitung „mz“, die ebenfalls vier Mal jährlich mit einer Auflage von ca. 40.000 Exemplaren erscheint, in der Kolumne das Thema „Wahlen und politische Beteiligung“ aufzugreifen.

Diese etwa halbseitige Kolumne des Herrn Oberbürgermeisters ist Bestandteil jeder Ausgabe der Mieterzeitung. Behandelt werden dort regelmäßig aktuelle Fragen der

Stadtentwicklung, die einen Bezug zur GEWOFAG haben. Naturgemäß stehen Themen im Umfeld von Wohnen, Mieten, Nachbarschaft und Freiraumgestaltung im Fokus. In der Rubrik „Service“ wird auf der letzten Seite jeder mz ein Veranstaltungskalender veröffentlicht. Die GEWOFAG schlägt vor, hier auch Aktionen der Landeshauptstadt München und deren Kooperationspartner (siehe Punkte b-g) anzukündigen, die zum Ziel haben, bisherige Nichtwählerinnen und Nichtwähler zur Teilnahme an den nächsten Wahlen zu motivieren.

### 3.2.9 Fachstelle für Demokratie: referatsübergreifender Arbeitskreis „Demokratieförderung“ mit Beteiligung der Zivilgesellschaft

Unmittelbar nach der Stadtratsanhörung zum Thema „Nichtwähler\_innen in München“ am 20.04.2018 hat die Fachstelle für Demokratie einen Arbeitskreis einberufen. Ziel ist es, alle relevanten – und in der Beschlussvorlage vertretenen Akteure (a.-g.) – so zu involvieren, dass gemeinsam gearbeitet, Synergien erzielt und Kooperationen vertieft werden. Dass dies gelungen ist, zeigt die vorliegende Beschlussvorlage. Der Arbeitskreis soll in den kommenden Jahren bei Bedarf einberufen werden. Die teilnehmenden Stellen und Organisationen informieren sich gegenseitig über die Planungsstände ihrer Maßnahmen, teilen ihre Erkenntnisse mit den Partner\_innen und diskutieren gemeinsam offene Fragen.

Die Gleichstellungsstelle für Frauen der LHM hat bereits eine eigene Studie in Auftrag gegeben, durch die spezifische Bedarfe und Herausforderungen für die Situation von Frauen beim hier beschriebenen Themenkomplex überprüft werden sollen. Diese Ergebnisse werden im Arbeitskreis so bald wie möglich vorgestellt und sollen referats- und organisationsübergreifend in die Arbeitsgrundlage einfließen und in der Gesamtstrategie Beachtung finden.

## 3.3 Intensivierung des Bürgerdialogs auf Ebene des Stadtrats und der Bezirksausschüsse

### 3.3.1 Mobile Bürgersprechstunde der Bezirksausschüsse

Auch die Bezirksausschüsse sind eine wichtige Dialogplattform zwischen Bürger\_innen und Kommunalpolitik. Ein Weg, um Bürger\_innen wieder stärker für politische Prozesse auf der kommunalen Ebene zu interessieren und sie für die Mitwirkung am demokratischen Willensbildungsprozess (insbesondere durch die Wahlteilnahme) zu gewinnen, ist somit eine weitere Verstärkung solcher niederschwelliger, dialogischer Angebote durch die Bezirksausschüsse. Bereits jetzt gibt es schon eine Vielzahl von niederschweligen Angeboten der Bezirksausschüsse wie Einwohnerversammlungen, Informationsveranstaltungen zu bestimmten Themen wie Planungsvorhaben oder Brennpunktthemen sowie Sprechstunden mit den BA-Beauftragten. Einzelne Bezirksausschüsse haben zudem nach unserer Kenntnis bereits begonnen an einer Ausweitung ihrer Bürgersprechstunde, die häufig zu Beginn einer BA-Sitzung stattfindet, zu einer „mobilen Bürgersprechstunde“ zu arbeiten, mit dem Ziel, künftig auch die Bürger\_innen im Stadtteil zu erreichen, die bislang nicht wählen gehen. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde,

dass an den bisherigen Standorten der Bezirksausschuss-Sprechstunde Nichtwähler, die häufig in anderen Bereichen des Stadtteils leben, kaum teilnehmen. Andere Bezirksausschüsse wiederum befassen sich mit der Frage, wie noch mehr Menschen von den Sprechstunden des Bezirksausschusses erfahren können und somit mit der Informationsverbreitung.

Um Bedarfe der Bezirksausschüsse und Optimierungspotentiale auszuloten, befragte die Fachstelle für Demokratie die Münchner Bezirksausschüsse in einem Schreiben vom 17.05.2018 u.a., welche Unterstützung sie benötigen, um die dialogischen Formate des Bezirksausschusses noch attraktiver zu machen.

Hier werden exemplarisch einzelne Antworten zusammengefasst:

**BA 2:** „Für mehr Beteiligung bräuchten wir auch mehr Unterstützung für die Organisation von Einwohnerversammlungen und Projekten, einschl. Hilfsmitteln (Beamer, Pinnwände / Druck von Flyern etc.). Es wäre gut, wenn wir diese beauftragen könnten u. ggf. aus dem Budget bezahlen könnten.“

**BA 5:** „besseren Internetauftritt der einzelnen Bezirksausschüsse, eine einfachere Internetadresse und Präsenz vor Ort durch Ortstermine mit inhaltlichen Themen.“

**BA 8:** „bürgernahe, leicht erreichbare Tagungs- und Versammlungslokale“

**BA 15:** „ggf. besonderer Rahmen (kl. Imbiss) - Budget: Pers. Einladung an Multiplikatoren - personelle Unterstützung durch BA-Geschäftsstelle“

Die BA-Abteilung im Direktorium ist im Rahmen ihrer Möglichkeiten gerne bereit, die Bezirksausschüsse zu unterstützen, sollte eine Optimierung der dialogischen Formate vor Ort erprobt werden, beispielsweise durch Hilfe bei der Raumsuche für die Abhaltung einer mobilen Bürgersprechstunde, im Übrigen obliegt jedoch die Organisation und Durchführung natürlich den Bezirksausschüssen selbst, da für weitergehende Unterstützungen keine Ressourcen vorhanden sind.

Darüber hinaus ist es den Bezirksausschüssen auch möglich, aus ihrem Budget eigene Veranstaltungen zu finanzieren und dadurch dialogische Formate vor Ort umzusetzen. (6 % des Budgets des jeweiligen Bezirksausschusses bzw. 8 % in besonderen Jubiläumsjahren)<sup>8</sup> Diese Mittel dürfen beispielsweise verwandt werden für

- Aufträge für die Durchführung von Veranstaltungen (Moderationen etc);
- Werbematerialien für die Dialogveranstaltungen und deren Verteilung (bspw. über „Postaktuell-Sendung der Deutschen Post an alle Haushalte).
- Auch für die Veranstaltung benötigte Materialien (z.B. Pinnwände, Schautafeln) können über diese Eigenmittel erworben werden, zudem steht für Tagungstechnik ein eigenes Budget für die Bezirksausschüsse zur Verfügung.

Verträge im Zusammenhang mit eigenen Veranstaltungen (bspw. für externe Moderator\_innen) können auf Grund der durch den Oberbürgermeister erteilten Vollmacht von den Vorsitzenden der Bezirksausschüsse nach Beschluss des Bezirksausschusses unterschrieben werden, wenn die Verpflichtung der LHM zur Leistung einer Geldzahlung 5.000,-- € im Einzelfall nicht übersteigt.

---

<sup>8</sup> Das Gesamtbudget für Bezirksausschüsse beträgt aktuell ca. 3.900.000,-- € - anteilig verteilt nach der Einwohnerzahl auf 25 Bezirksausschüsse.

Das Logo der Bezirksausschüsse darf für die Einladung zur mobilen Bürgersprechstunde der Bezirksausschüsse verwendet werden.

Ein gutes Beispiel ist sicherlich der Bezirksausschuss 12, der bereits eine solche mobile Sprechstunde eingeführt hat:

Die Rückmeldungen auf die Umfrage der Fachstelle für Demokratie zeigen zudem, dass neben der Klärung spezifischer Fragen (beispielsweise zu den Möglichkeiten der Verwendung des Budgets) insbesondere ein verbesserter best-practice-Transfer zwischen den Bezirksausschüssen, was den Umgang mit Politikverdrossenheit, Demokratie- und Menschenfeindlichen Tendenzen betrifft, erwünscht ist und Sinn machen könnte. Die Fachstelle für Demokratie wird daher in 2019 Vertreter\_innen der Münchner Bezirksausschüsse zu einem solchen Austausch einladen.

#### Ergänzung der Stellungnahme des BA 12 – Thematik Bürgersprechstunde

„Die nach der Bundestagswahl durchgeführte Nichtwählerstudie der LH München hat aufgezeigt, dass Bereiche im Bezirksteil Freimann eine vom Stadtdurchschnitt deutlich niedrigere Beteiligung an der Bundestagswahl aufwiesen. Einer der Wünsche des in der Studie befragten Personenkreises war ein engerer Kontakt zum Stadtrat bzw. eine Sprechstunde des Stadtrats. Der Bezirksausschuss 12 bietet schon seit Jahrzehnten eine Bürgersprechstunde an (Jeden Mittwoch, 17:30 – 19:00 Uhr, außer in den Schulferien). Die Bürgersprechstunde wird im Büro des BA 12, Seidlvilla im Bezirksteil Schwabing angeboten. Der BA hat ferner festgestellt, dass zwar durchaus auch Freimanner nach Schwabing ins BA Büro gekommen sind, die „lange“ Anreise aber eine gewissen Hürde darstellt.

Der BA 12 hat daraufhin beschlossen, testweise im Juli im Bezirksteil Freimann und zwar möglichst nahe an den Bereichen mit dem hohen Anteil an Nichtwähler eine zweite Bürgersprechstunde einzurichten. Die Bürgersprechstunde, welche durch Hinweiszettel in Geschäften, in sozialen Einrichtungen der Stadt und in den Kirchen beworben wurde, wurde an vier Donnerstagen im Juli durchgeführt und **war ein Erfolg**. Es kamen Bürger mit konkreten und eilbedürftigen Anliegen, es kamen aber auch Bürger, die ganz allgemein über die Zustände in Freimann sprechen, sich informieren oder einfach mit einem Politiker reden wollten. Sie wollten – und das war ganz deutlich zu spüren – kommunizieren und dass sich jemand Ihrer Sorgen annimmt, selbst wenn man die Sorgen nur weiterträgt, weil der BA in vielen Dingen nicht zuständig ist.

Obwohl der BA 12 mit zwei Bürgerversammlungen (eine im Bezirksteil Schwabing, eine im Bezirksteil Freimann) die Bürger einmal im Jahr auch informiert, scheint alleine das Format der Bürgerversammlung nicht auszureichen. Diese ist selbstverständlich ein wichtiger Bestandteil des politischen Lebens in einem Stadtteil, kann aber aus den jetzt gewonnenen Erkenntnissen des BA 12 die Bürgersprechstunden vor Ort nicht ersetzen. Bürgersprechstunde und Bürgerversammlung sollten Hand in Hand gehen.“

#### 3.3.2 Stadtrat vor Ort

Die "Bürgersprechstunde vor Ort" die durch den Oberbürgermeister seit dem vergangenen Jahr in verschiedenen Stadtteilen durchgeführt und von den Bürger\_innen sehr gut angenommen wird, zeigt, dass dieser niederschwellige Kontakt mit der Stadtpolitik von den Bürger\_innen sehr geschätzt wird, um in den Dialog zu treten und unmittelbar Einfluss auf stadtpolitische Entscheidungen geltend zu machen.

Grundsätzlich wird anerkannt, dass innovative und partizipative Dialogangebote entwickelt werden sollten. Aufgrund der Erfordernisse von Praktikabilität und der Notwendigkeit der Darstellung komplexer politischer Prozesse kann eine Konkretisierung derzeit nicht vorgenommen werden.

Nichtsdestotrotz sind auch die amtierenden Stadträte\_innen gehalten, sich innerhalb der bestehenden Strukturen intensiv dialogischen oder Vor-Ort-Maßnahmen zu widmen.

### **3.4 Demokratieforschung und -förderung vor Ort**

Aufgrund der dramatisch niedrigen Wahlbeteiligung in einzelnen Münchner Stadtteilen hat die Fachstelle für Demokratie in Kooperation mit der Hochschule für Angewandte Wissenschaften München ein Konzept für die Analyse von Faktoren auf Wahlbezirksebene angestoßen. Ziel des Projekts ist es, subjektive Begründungsstrukturen für Wahloptionen / Nichtwählen in München und seinen Stadtbezirken im Rahmen von subjektzentrierten Interviews herauszuarbeiten.

Erforscht werden sollen die subjektiven Begründungsstrukturen Münchner Bürger\_innen in Bezug auf demokratie- und menschenfeindliche Tendenzen in der Stadtgesellschaft. Dabei geht es sowohl um den Zusammenhang der Begründungen für eine Entscheidung mit der jeweiligen Lebenslage (sozial, kulturell, ökonomisch etc.) und Position (schulisch, beruflich etc.) als auch um die „Befindlichkeit“ (Zugehörigkeit, Mitwirkung, Teilhabe etc.) der jeweiligen Befragten, die sie als Bürger\_innen der Landeshauptstadt (und als Bewohner\_in eines bestimmten Stadtteils bzw. Bezirks).

Die genauen Inhalte der Forschung vor Ort werden, soweit möglich, in Absprache mit den Bezirksausschüssen der zu erforschenden Gebiete genauer festgelegt. Es wird um Wahl / Nichtwahl-Optionen ebenso gehen wie um Haltungen beim Wählen – in Zusammenhang mit der jeweiligen Lebenswelt. Dazu betreiben die Forscher\_innen neben den Gesprächen mit Bürger\_innen sozial-ökologische „Feldforschung“.

Die Forschungsergebnisse werden vor Ort in sogenannten Demokratiewerkshops vorgestellt und Empfehlungen an die Stadt und die jeweiligen beteiligten Bezirksausschüsse sowie soziale Träger und Einrichtungen vor Ort ausgesprochen.

Sollten die Pilotprojekte in Moosach, Berg am Laim und in Feldmoching erfolgreich verlaufen und aus Sicht der verschiedenen Beteiligten ertragreich sein, ist eine Ausweitung des Ansatzes auf weitere Stadtteile angedacht.

Die notwendige Finanzierung kann aus dem Budget der Fachstelle für Demokratie bestritten werden.

## **4. Ausblick: Arbeitsbedingungen und Strukturen der Kommunalpolitik verbessern – Anregungen**

### **4.1 Bedingungen für Stadträte**

München wächst jährlich um die Einwohnerzahl einer Kleinstadt. Daher nehmen auch die Anforderungen an den ehrenamtlichen Stadtrat immer weiter zu und die von Bürgerinnen und Bürgern zu Recht erwartete Sorgfalt und Qualität in der kommunalpoliti-

schen Arbeit wird immer schwieriger aufrechtzuerhalten sein. Auch der Stadtrat wird in Zukunft vor gewaltigen Aufgaben stehen.

#### 4.2 Arbeitsbedingungen der Bezirksausschüsse

Auch in den Rückmeldungen der Bezirksausschüsse zu einem Schreiben der Fachstelle für Demokratie vom 17.05.2018 wurde deutlich, dass eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Bezirksausschuss-Mitglieder wünschenswert wäre. So hieß es u.a. in der Rückmeldung des Bezirksausschusses 8:

„Auf die BAs, besonders auf uns als Vorsitzende, kommen immer mehr Aufgaben zu bzw. werden an uns delegiert. Dies ist als „Feierabendgremium“ ehrenamtlich fast nicht mehr zu stemmen. Wir bräuchten eine grundlegende Reform.

Wir als Vorsitzende bräuchten eine Aufwandsentschädigung, die es uns erlaubt, während unserer Mandatszeit beruflich kürzer zu treten, damit wir uns Vollzeit unserem Amt widmen können.“

Aus einzelnen Bezirksausschüssen – beispielsweise dem BA 16 - kam gar die Anregung, auch über die grundsätzlichen politischen Strukturen in der Landeshauptstadt München zu reflektieren: „Der Bezirksausschuss hat bereits in der Vergangenheit immer wieder darauf hingewiesen, dass eine Stärkung der Rechte der kommunalen Selbstverwaltung der einzelnen Stadtbezirke, also einer Stärkung der Rechte der Bezirksausschüsse und eine weitreichende Gewährung einer Eigenverwaltung der Stadtbezirke, die beste Möglichkeit ist, dem Phänomen der Politikverdrossenheit wirksam entgegenzuwirken. (...) Leider ist der Stadtrat bisher nicht bereit gewesen, die in Art 60 Gemeindeordnung vorgesehene Übertragung von Entscheidungsrechten vollumfänglich auszu-schöpfen und derartige Rechte abzugeben und neue, moderne, dezentrale Strukturen zu schaffen.“

## 5. Darstellung der Finanzierung und der Kosten

### Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit

	dauerhaft	einmalig	befristet
<b>Summe zahlungswirksame Kosten</b>	,-- ab 2019	,-- in 2018	,--
davon:			
Personalauszahlungen (Zeile 9)_	,--	,--	,--
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 11)___	,--	max. 250.000,-- von 10/2018 bis 03/2020 in 2019	
Transferauszahlungen (Zeile 12)		In 2018 7000,--  10.000,--  in 2019 40.000,-- 60.000,--	,--
Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeile 13)	,--	,--	,--
Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen (Zeile 14)	,--	,--	,--
<b>Nachrichtlich Vollzeitäquivalente</b>			

Die nicht zahlungswirksamen Kosten (wie z. B. interne Leistungsverrechnung, Steuerungsumlage, kalkulatorische Kosten ) können in den meisten Fällen nicht beziffert werden.

\_ Bei Besetzung von Stellen mit einem Beamten/einer Beamtin entsteht im Ergebnishaushalt zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 40 Prozent des Jahresmittelbetrages.

\_\_\_ ohne arbeitsplatzbezogene IT-Kosten

### Finanzierung

Die Finanzierung für 2018 erfolgt aus dem Referatsbudget des Direktoriums.

Die Finanzierung der Transferauszahlungen für 2019 erfolgt zum einen aus dem eigenen Referatsbudget (60.000,-- € für „Demokratietrainer\_innen „Pastinaken“) und zum anderen durch Bereitstellung von Mitteln aus dem Budget des Sozialreferats (40.000,-- € für „Demokratie im Einsatz – das Demokratiemobil in München“).

Die Finanzierung der Mittel für Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen erfolgt zunächst ebenfalls aus dem Referatsbudget des Direktoriums, zumal deren Abruf zeitlich und betragsmäßig derzeit nicht genau festgelegt werden kann.

Die Mittel werden unterjährig durch Büroverfügung im Benehmen mit der Stadtkämmerei umgeschichtet. Die Zustimmung des Sozialreferats wurde eingeholt. Für die Fortführung der Maßnahmen – einschließlich der Bereitstellung von Mitteln im Rahmen einer Regelförderung - und für die Informationskampagne zu Beginn des Jahres 2020 werden die erforderlichen Mittel im Rahmen des für 2020 vorzulegenden Eckdatenbeschlusses angemeldet.

Die Beschlussvorlage wurde mit der Gleichstellungsstelle für Frauen, dem Kulturreferat, dem Referat für Bildung und Sport, dem Sozialreferat und dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung abgestimmt.

Eine rechtzeitige Zuleitung der Vorlage an die Gremiumsmitglieder war aufgrund von weiterem Abstimmungsbedarf nicht möglich.

## **II. Antrag des Referenten**

1. Der Stadtrat begrüßt die Aktivitäten der Verwaltung zur Erhöhung der Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl 2020 und zur Förderung demokratischer Werte in der Stadtgesellschaft und stimmt diesen zu.
2. Das Direktorium wird beauftragt, die einmalig erforderlichen Haushaltsmittel durch Umschichtung aus eigenen Budgetmitteln, bzw. aus Budgetmitteln des Sozialreferats zu finanzieren.
3. Der Stadtratsantrag Nr. 14-20 / A 04051 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 07.05.2018 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
4. Der Stadtratsantrag Nr. 14-20 / A 04052 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 07.05.2018 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
5. Der Stadtratsantrag Nr. 14-20 / A 04053 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 07.05.2018 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
6. Der Stadtratsantrag Nr. 14-20 / A 04054 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 07.05.2018 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
7. Der Stadtratsantrag Nr. 14-20 / A 04055 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 07.05.2018 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
8. Der Stadtratsantrag Nr. 14-20 / A 03451 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 09.10.2017 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
9. Der Stadtratsantrag Nr. 14-20 / A 04056 von von Herrn StR Alexander Reissl, Frau StRin Verena Dietl, Herrn StR Christian Müller, Herrn StR Christian Vorländer, Herrn StR Ger-

hard Mayer, Frau StRin Heide Rieke, Herrn StR Haimo Liebich, Frau StRin Dr. Constanze Söllner-Schaar vom 07.05.2018 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.

10. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

**III. Beschluss**  
nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in  
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Dieter Reiter  
Oberbürgermeister

**IV.** Abdruck von I. mit III.  
über die Stadtratsprotokolle

**an das Direktorium - Dokumentationsstelle**  
**an die Stadtkämmerei**  
**an das Revisionsamt**  
z. K.

**V. Wv. -Direktorium FgR**

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. **An Referat für Bildung und Sport**  
**An Sozialreferat**  
**An Sozialreferat - Stadtjugendamt**  
**An Referat für Stadtplanung und Bauordnung**  
**An Kulturreferat**  
**An Kulturreferat - NS-Dokumentationszentrum**  
**An Kulturreferat - MVHS**  
**An die Gleichstellungsstelle für Frauen**  
z. K.

Am